

Notverordnung zur Sicherung der faschistischen Diktatur

Antiterror-Befehl aufgehoben — Ausnahmebestimmungen gegen die KPD. verschärft

Was die Regierung durch ihre Notverordnung mit der einen Hand gibt, das nimmt sie mit der anderen Hand doppelt und dreifach. Zwar sind mit dem vorgestrigen Tage jene Notverordnungen aufgehoben, die da vorliegen: Verbotsmöglichkeiten für öffentliche Versammlungen und Demonstrationen sowie die famosen Auflagen nachrichten und amtlichen Zwangsdruckgebungen für die Presse. Aufgehoben ist ferner unter dem Druck des Massenwiderstandes die Notverordnung über die Einrichtung von Sondergerichten mit ihren Todes- und Zuchthausstrafen und die Bestimmung über das Verbot der Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel.

Aber es geht diesen Verordnungen ähnlich wie jener französischen Verfassung, von der Karl Marx schrieb: „Jeder Paragraph enthält seine eigene Antithese, nämlich in der allgemeinen Phrase die Freiheit, in der Handgloße die Aufhebung der Freiheit.“ Die Handglossen der Decree von Hindenburg, von Schleicher und Brauns sehen folgendermaßen aus:

Es bleibt bei den Ausnahmebestimmungen über den Schutz der Republik, der Flagge, der Wehrmacht und des Reichspräsidenten. Sie werden aus dem Reichsverfassungsgesetz in das Strafgesetzbuch neu übernommen.

Es bleibt bei den Verbots- und bei der Auflösung von Organisationen und evtl. sogar Parteien; die hierfür vorgesehenen Bestimmungen gegen den KPD, die Antifaschistische Jugend, den Verband proletarischer Freidenker und möglicherweise gegen die kommunistische Partei werden nicht aufgehoben. Mitglieder verbotsener Organisationen stehen weiterhin unter Gefängnisstrafe.

Es bleibt bei den Waffen- und Tauschverboten der kommunistischen Presse. Ja, um die Nazi- und SPD-Presse von allen Verbotsmöglichkeiten zu befreien — bekanntlich erfolglos Verbote zum Beispiel bei den Salenkreuzzeitungen, die ja nur einen persönlichen und keinen grundsätzlichen Kampf führen, militärisch wegen persönlicher Beziehungen oder Verdrängung — werden Zeitungsverbote von jetzt ab „nur noch“ in Fällen von Hoch- oder Landesverrat erlassen, wodurch man das ganze Verbotsfeuer auf den kommunistischen Presse-Frontabschnitt konzentrieren will. Auch in Zukunft sollen unsere Tageszeitungen auf die Dauer bis zu vier Wochen und Zeitschriften bis zu sechs Monaten verboten werden können.

Es bleibt Neben — und ein neuer Paragraph 49 B des Strafgesetzbuches ferg für die Durchführung — daß, wer „an einer Versammlung oder Versammlung teilnimmt, die Verbrechen wider das Leben bezweckt oder als Mittel für andere (?) Zwecke in Aussicht nimmt“, mit mindestens drei Monaten Gefängnis und „in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren“ bestraft wird. Das ist in laienhaftiger Sprache, daß man jederzeit die ganze KPD damit treffen kann.

Es bleibt immer noch beim Demonstrationsverbot, denn trotz Aufhebung der Notverordnung, die das versammlungsmäßig organisierte Versammeln unter freiem Himmel verbietet, bleibt der Burgfrieden weiter bestehen.

Es bleibt dabei, daß die Polizei in jede öffentliche Versammlung Überwachungsbeamte entsendet und die Versammlung auflösen kann.

Es bleibt bei dem Befehl gegen den sogenannten Waffenbesitz, das bis zum 28. März 1933 verhängt worden ist.

Wer aufmerksam liest, wird finden, daß hier keine Milderungen angedeutet, sondern eine Reihe von Bestimmungen durch andere abgeändert werden sind. Ein Mann, der an eine Abschwächung der Verfolgung des kämpfenden Proletariats glaubt. Die Wahrheit ist, daß die vorgestrigen Notverordnungen so abgefaßt sind, um mit ihnen die kommunistische Partei einzukreisen und alle Möglichkeiten aus der Welt zu schaffen, daß auch andere Parteien betroffen werden.

„Nach rückwärts“ sollen Arbeiterversammlungen überdacht und aufgelöst, proletarische revolutionäre Organisationen verboten, die kommunistische Arbeiterpresse unterdrückt werden. Und zeigen nicht die amtlichen Kreise der Nazis, daß auch ohne Sondergerichte ungeheuerliche Strafen über die Arbeiterklasse verhängt werden? Aber mehr noch. In der amtlichen Mitteilung, die der neuen Notverordnung beizugeht, heißt es: „Der Reichspräsident dem Reichskanzler zum Nachdruck gebracht hat, daß er nicht zögern würde, eine verschärfte Notverordnung in Kraft treten zu lassen, wenn ... die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe“ gefordert werde.

Die innere Ruhe hört die Bourgeoisie, die den Erwerblosen keine menschenwürdige Winterhilfe gibt, die sie hungern und frieren läßt, die den Arbeitern Lohnsenkung verweigert, die Hunderttausende Wohnungen

leer stehen läßt, während Hunderttausende ohne Wohnung dastehen, die herrschende Klasse allerdings sagt umgekehrt, daß der die Ruhe stört, der sich gegen diesen bürgerlichen Zustand auflehnt.

Aber die Herren warten ja gar nicht erst die ominöse „Störung“ ab, sie bauen jetzt schon drauflos. Sie verhaften John Schehr, sie töten täglich die Mitgliederversammlungen der revolutionären Organisationen auf, sie erlassen ununterbrochen frische Verbote, sie verhängen harte Urteile über die Arbeiter ... und genießen die Tolerierung der Nazis und der SPD., ja, deren aktive Unterstützung im Kampf gegen den Volkswidrigismus.

Was der General von Schleicher da gestern mit dem Diktatur-Artikel 48 befreit hat, ist eine getarnte Verschärfung des faschistischen Regimes gegen das revolutionäre Proletariat und seine Partei. Die Rechte, die sich um das politische Leben des Proletariats legt, wird nicht gelodert. Da müssen erst proletarische Muskeln nachhelfen.

Wir grüßen die befreiten Opfer Bapens und Severings!

Die Haft ist beendet, die Hungerstrafe folgt — Gebt für die Winterhilfe der Roten Hilfe!

Heute und in den nächsten Tagen werden viele unserer Besten, die der Zustand des wertvollen Volkes gegen die fürchterlichen Urteile der Sonder- und übrigen Klammern der Justiz entrichten hat, in den Kreis ihrer Familie und der Millionen ihrer proletarischen Freunde zurückkehren. Sie haben in monate- und jahrelanger Kerkerhaft den Mut und den Glauben an die Sache des Sozialismus nicht sinken lassen, sie bewährten sich noch hinter den Gittern als Agitatoren der unsterblichen Idee der proletarischen Befreiung, und so schallt ihnen, so erschallt den im Feuer des Klassenkampfes gekämpften Genossen und Genossinnen brausend der Kampfruf entgegen: Rot Front!

Sie kehren in die Schleicher-„Freiheit“ zurück. Sechs Wochen lang sollen sie keine Arbeitslosenunterstützung erhalten! So schreiben es die amtlichen Bestimmungen vor, wenn die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen vor ihrer Verhaftung in Arbeit gestanden haben. Ja, diejenigen, die es am schlimmsten hatten, die länger als 3 Jahre inhaftiert waren, haben überhaupt keinen Anspruch auf Unterstützung mehr. Die Haft ist beendet — die Hungerstrafe folgt!

Dies muß das werktätige Volk aller Schichten zeigen, was es an Solidarität für seine amnestierten Brüder zu leisten, hier müssen die Sammlungen für die Winterhilfe der Roten Hilfe in größtem Umfang unterstützt werden, diese Sammlungen, die vor allem auch den vielen, vielen jugute kommen, denen die Teilamnestie die Kerkerklauen auch weiterhin versperrt.

Wenn der geübrige „Vorwärts“ die Unverschämtheit besitzt, die Teilamnestie als einen „Erfolg der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion“ hinzustellen, so muß man diese Lüge, diese schwindelhafte Selbstbeweihräucherung, dieses Brüllens mit den Erfolgen anderer niedriger hängen. Noch vor einem halben Jahr hat diese SPD. im Preussischen Landtag ein Amnestiegesetz, durch das neben ein paar Duzend Nazis viele tausend antifaschistische Kämpfer in Freiheit kommen sollten, rundweg abgelehnt. Ja, die SPD. stimmte mit den Nazis zusammen den von der KPD. beantragten Ausschluß der faschistischen Arbeitermörder von der Amnestie nieder. Als das Amnestiegesetz trotzdem vom Landtag gegen die Stimmen der SPD. angenommen wurde, da hat die Weis-Partei dafür gesorgt, daß der Preussische Staatsrat die Teilamnestie wieder zu Fall brachte. Aber weiter:

Ueber die Hälfte der jetzt amnestierten Arbeiter und Arbeiterinnen sind unter der Herrschaft Karl Severings und Otto Braun gefangen gesetzt worden.

Sie wurden von der sozialdemokratisch kommandierten Polizei den Klammern ausgeliefert. Und noch in den vergangenen Wochen, noch unter der Papen-Berkschaft und heute unter dem Schleicher-Regiment sollen die sozialdemokratischen Polizeiherrn vom Schlage Borgiebel, Schenfelder, Meier, Zeitin, Roske-

Arbeiter verprügeln einen Lohnräuber

Antowik, 21. Dezember. Die Tel.-Graben-Union meldet: Während Schlichtungsverhandlungen, die vor dem Schiedsgericht Königshütte stattfanden, wurde der Direktor der Bismarckhütte, Dr. Boninski, von etwa 50 Arbeitern, die zu den Schlichtungsverhandlungen erschienen waren, überfallen und bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Die herbeigeeilte Polizei befreite den Direktor und nahm die Täter fest. Der Vorsitzende des Gerichts unterbrach darauf die Verhandlung.

Hannover ufm. Arbeiter zu Hunderten verhaften und machen sie zu Objekten der Justiz.

Die SPD. erwies sich als die Kerkermeisterin des Proletariats und Papen hat den Kurs Ebert-Severing weiterentwickelt und verschärft. Niemand wird das vergessen! Die jetzt Befreiten werden selbst diese Wahrheit in das ganze Land schleudern, die Wahrheit: daß nur der Kampf der kommunistischen Partei und der Roten Hilfe und ihre Formierung der proletarischen Einheitsfront jene Massenstimmung erzeugte, unter deren Druck wenigstens eine teilweise Amnestie durchgeföhrt werden mußte. Jetzt lautet der Ruf der Arbeiterklasse:

Heraus mit allen proletarisch-politischen Gefangenen!

Rumpelmord auf Hans-Heinrich

Weißein. Der 50 Jahre alte verheiratete Bergbauer Paul Gause aus Weißein wurde im Betrieb des Hans-Heinrich-Schachtes verschüttet und konnte nur als Leiche geborgen werden.

Wieder ist ein Kamerad den profitgierigen Grubenkapitalisten zum Opfer gefallen. Die unerhörte Antreiberei führt immer mehr zur Vernachlässigung der dringenden Sicherheitsmaßnahmen und fordert seine Opfer an Gesundheit und Leben.

Aufgabe der Kameraden ist es, im Interesse ihres Lebens, ihrer Frauen und Kinder, gegen die Antreiberei, für die Grubensicherheit die Einheitsaktion aller Bergarbeiter herzustellen. Nur im gemeinsamen Kampf, zu dem der Einheitsverband der Bergarbeiter alle Kameraden aufgerufen hat, ist es möglich, diese Unglücksfälle, die nicht das „Los der Bergarbeiter“ sein brauchen, zu verhindern.

Achtung, Ortsgruppen, UBLs!

Heute ist ein Flugblatt zum Versand an eine Reihe von Ortsgruppen und Unterbezirke gekommen. Das Flugblatt ist für die Forstarbeiter bestimmt und muß von den Genossen sofort an den richtigen Mann gebracht werden.

Ausschneiden!

Eine Kapitulation, die sich lohnte!

Was Sozialdemokrat Grzesinski, der Kapitulant des 20. Juli, an Pension erhält

Heute haben wir die dokumentarischen Beweise, warum die Grzesinski, Severing und Braun am 20. Juli weder kämpfen wollten noch konnten, weil sie mit goldenen Händen an das bürgerliche Regime gebunden und gefesselt sind. Die SPD-Presse opponiert gegen Schleicher, aber ihre Grzesinski beziehen eine monatliche Rente von etwa 2000 Mark aus den Kassen der Schleicher-Brauns-Diktatur. Die SPD-Presse „organisiert“ gegen Papen, aber ihre Kapitulant des 20. Juli kassieren von oben regelmäßig den Geld für getane Dienste ein.

Folgender Briefwechsel zwischen dem gegenwärtigen Reichspräsidenten Meißner und dem Minister des Innern 1932, dem am 20. Juli abgegangenen Berliner Polizeipräsidenten und Sozialdemokraten Grzesinski, fiel in unsere Hände:

Minister des Innern Berlin, 5. November 1932.

Schreiben nach P. an Grzesinski.

„Herr Grzesinski, des Grafen v. M. d. J. vom 26. Oktober 1932 Nr. 1231 geht Ihnen meine Dankbriefe v. 1. 11. 32 ab neben Ihren Parteigeldbezügen als P. P. Teilverorgungsbezüge auf Grund Ihrer früheren Ministerfähigkeit in Höhe von 360,85 Mark.“

„Berlin, 6. November 1932.“

Daß vom Herrn Minister des Innern für Sie festgesetzte Parteigeld vom 1. Nov. 1932 jetzt sich wie folgt zusammen:

- a) Parteigeld 11 232,— Mark
- b) Ortsgruppenlag 302,40 Mark

11 534,40 Mark

Die Amtskasse Schöneberg hat Anweisung erhalten, die Beträge in monatlichen Bezügen auszusahlen.

- a) Parteigeld 936,— Mark
- b) Ortsgruppenlag 25,20 Mark

961,20 Mark

Darvon an Mäzung 242,41 Mark

Summe Zahlung 718,71 Mark

Gleichzeitig teile ich Ihnen mit, daß noch ein Teil des Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Staatsminister bereits früher zugesprochenen Parteigeldes von jährlich 13 152 Mark ausbezahlt wird. Diese für

diese Zahlung zuständige Stelle ist die Bau- und Finanzdirektion. Diese hat Anweisung durch Herrn Min. d. Jn. bekommen, wie beiliegendes Merkblatt (siehe oben).

gez. Meißner.“

SPD-Grzesinski bekommt danach Wartegelder, daneben noch Teilverorgungsbezüge auf Grund der früheren Ministerfähigkeit usw. Alles in allem ein nettes Stimmchen, von dem sich unter einem Regime Papen wie unter Schleicher und Hitler sein Leben läßt.

Aber der SPD-Führer Grzesinski hat auch Sorgen, wie folgender Brief beweist:

„Preussischer Landtag. November 1932.“

An Herrn Vizepräsidenten Dr. Roske. Sehr geehrter Herr Vizepräsident!

Nur das geill. Schreiben vom 16. 11. sage ich meinen verbindl. Dank. Gegen Schluß dieses Schreibens heißt es: „Außerdem sind auf Grund abstrichlich beigefügter Genehmigung“ usw. als Ruhegehalt für die Dienstzeit anzurechnen die 9 Jahre ...

Ich darf bemerken, daß diese Genehmigung dem Schreiben nicht beiliegend und wäre für nachträgliche Ueberfindung dankbar.

Hoffentlich ist sie nicht zum Zwecke der Veröffentlichung in verkehrte Hände gelangt und deshalb zurückgehalten worden.

Im voraus besten Dank und vorzügliche Hochachtung. Grzesinski.“

Danzig-Oberschlesien-Baden-Pfalz

haben die Liste „Arbeiterliteratur für die Einheitsfront-Aktion“ umgelegt und abgerechnet.

Darum für diese drei: Ziehung am 20. Dezember. Alle anderen sind noch nicht so weit.

Darum: Ziehung erst am 17. Januar.

Bis dahin: Verstärkter Losvertrieb, pünktliche Abrechnung!

Run sind die Dokumente doch — nein, nicht — in verkehrte, sondern in richtige Hände, in die Hände der kommunistischen Zeitungen, der Organe der Arbeitermassen, gelangt! Und so erfährt denn auch die Arbeiterschaft, was in der „Genehmigung“ stand:

Minister des Innern Berlin, 27. 3. 29. P. B. 696, II. J. M. I. 39488.

Auf Grund des Paragraphen 19 Abs. 1 Ziffer 2 des Zivildienstgesetzes wird hierdurch genehmigt, daß der Staatsminister und Minister des Innern Albert Grzesinski die Zeit seiner politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit, die er als Gewerkschaftssekretär und Gewerkschaftsjührer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Kassel, als parlamentarischer Unterstaatssekretär im Preussischen Kriegsministerium, als Reichskommissar des Reichsabwicklungsamtes und als Referent im Reichsarbeitsministerium, zusammen neun Jahre, von 1906 bis 19. 11. 1922, also vor seinem am 20. Nov. 22 erfolgten Eintritt in den Staatsdienst, ausgerechnet hat, mit neun Jahre als ruhegehaltsfähige Dienstzeit angerechnet wird.

Preuß. Staatsminist. der Finanzen Preuß. Min. d. Innern gez. Dr. Hödler-Nichhoff i. B. Dr. Nebegg

Für die Richtigkeit gez. Brümmerd Ministerial-Kanzleisekretär.“

Die Tätigkeit als reformistischer Gewerkschaftssekretär, als arbeitervertreterischer Geschäftsführer des DMV. sind also Grzesinski als Dienstzeit ebenso angerechnet, wie seine Tätigkeit im kapitalistischen Staatsapparat. Mit Recht! Als reformistischer Gewerkschaftsbürokrat wie als Polizeipräsident hat Grzesinski im gleichen Sinne für die Bourgeoisie, für das bestehende kapitalistische System gewirkt!

Es geht hier nicht nur um die Person Grzesinski. Sein Fall trifft auf alle SPD-Führer und SPD-Minister und SPD-Polizeipräsidenten zu, auf Sewering, auf Braun, auf Roske und Wisliff.

Es geht um die sozialdemokratischen Arbeiter. Die haben jetzt das Wort. Schlag mit dieser Politik! Schlag mit dieser Partei! Her zur roten Einheitsfront!

Der Nazifumpf in der Neudorfstraße in Breslau!

Eine Marterhöhle für SA-Proleten — Heines und sein Adjutant — Unterschupf für alle dunklen Elemente

Breslau, 22. Dezember.

Vor nicht allzu langer Zeit ging durch die Presse die Meldung, daß in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag, den 8. Dezember, ein SA-Mann der Stabswache von seinen eigenen Kameraden in der blutigen Art und Weise geschlagen und dann wie ein Stück Fleisch in besinnungslosem Zustand auf die Straße geworfen wurde.

Der Adjutant des Fememörders Heines!

Man braucht sich nur einmal den Adjutanten des Fememörders Heines ansehen, dieses „Fräulein“ Schmidt, dann weiß man sofort, in welchen Händen man sich befindet.

Schnauze zu halten,

wenn sie von „Fräulein“ Schmidt kommandiert werden. Es ist wohl eine Kleinigkeit, wenn man von Geldern, die aus einer zweifelhaften Quelle stammen, sich ein paar Leute herausucht, die von der Polizei wegen Einbruch, Diebstahl, Straßenraub, Hehlereien und noch anderen Delikten gesucht werden.

Man braucht nur einmal zu sehen, wenn Herr Schmidt, Sturmführer im Stabe der Gruppe Schlesien, mit seiner alle vier Wochen neuen Uniform im neuen Wandler von einem Hotel zum anderen fährt.

Dieser Held verbraucht an einem Tage für sich und seinen zweifelhaften Anhang so viel Geld, daß davon mindestens drei arme Proletarierfamilien eine Woche leben könnten.

Nun weiß man auch, wie die Erneuerer Deutschlands aussehn. Da müßten doch jedem verblendeten SA-Mann die Augen aufgehen und sie müßten sich jagen: Diesen Führern sollen wir noch die Gefolgschaft leisten, die nach dem Grundgesetz handeln: Nichts für das schaffende Volk, sondern alles in die eigenen Taschen!

Sie hätten ihn wie einen Hund erschlagen!

Daß das Verhältnis zwischen der Führung und der SA-Schar auf ein tiefes Niveau gesunken ist, zeigt ein Vorfall, der sich vor ungefähr drei Wochen im Braunen Haus auf der Neudorfstraße zugetragen hat.

hätten sie ihn bestimmt wie einen Hund erschlagen.

Die Polizei konnte ihn aber noch rechtzeitig aus den Klauen dieser Bestien befreien. Man überlege sich einmal, was das heißt. Die Polizei muß einen Sturmführer aus den Klauen seiner eigenen Kameraden retten. Es ist bezeichnend für die Kameradschaft der SA.

„Heines muß doch wenigstens so tun“

Nun kommt der Höhepunkt der ganzen Sache. Am nächsten Tage ist das übliche Auftreten vor dem Herrn Heines, wenn etwas passiert ist. Nun kommt der bis zur Unkenntlichkeit verhaute Sturmführer und es werden die üblichen Versöhnungsversuche angestellt.

„Was ich jetzt sage, darf von niemandem verraten werden. Wenn der Sturmführer wieder hereinkommt, sage ich ihm, der SA-Mann Weidner wird mit sofortiger Wirkung wegen disziplinarischem Verhalten aus der Stabswache ausgeschlossen.“

Als nun der Sturmführer hereinkam, wurde ihm von Herrn Heines erklärt, daß der SA-Mann Weidner schon wegen der Vorfälle in der Nacht ausgeschlossen worden ist. Der Sturmführer gab sich zufrieden, und die ganze Angelegenheit war erledigt.

1901, Georg Jurzild, genannt auf falschen Namen Georg Müller, Friedrich Smoll, Heinrich Smoll und Gerhard Panjea. Etwas näher sollten sich auch einmal die Proletarier den Erich Schieweck von der Leinwandstraße 10 betrachten.

Was geschieht mit dem Gelde?

Um noch einmal auf die Geldangelegenheit zu sprechen zu kommen, will ich hier auch noch mitteilen, was sich da alles abgespielt hat. Mehrere Tage vor der letzten Wahl konnte man an vielen Ecken der Innenstadt (in die Neustadt wagen sich ja die Feiglinge nicht) immer zwei SA-Leute zusammen sehen.

Mancher arme Parteigenosse hat hier vielleicht seinen letzten Groschen reingefleckt, in der Hoffnung, seiner Bewegung zu helfen. Wenn er aber gewußt hätte, wohin das Geld kommt, hätte er bestimmt nichts gegeben.

Wo verkehren die Führer der Nazibewegung?

Habt ihr schon einmal einen Führer der NSDAP. in einer kleinen Gastwirtschaft gesehen, wo er sein Bier trinkt, genau wie der einfache SA-Mann? Diese Frage müßt ihr verneinen, genau so wie ich.

Diebstahl an ihrem eigenen Kameraden?

Bei diesem Ueberfall, welcher am 8. Dezember 1932 in der Nacht gegen 2.20 Uhr erfolgte, hat sich anschließend die Sache folgendermaßen entwickelt. Dieser SA-Mann, welcher derart geschlagen wurde, daß er bewußtlos ins Krankenhaus transportiert werden mußte, hat noch eine Reihe von Privatsachen in der Kaserne an der Neudorfstraße, welche er sich nicht mitnehmen konnte.

Hunger und Drill im Nazi-Arbeitsdienstlager, Glogeiche!

Daß die Arbeitsdienstpflichtlager der Nazis wahre Strafanstalten sind, davon liefert nachfolgender Bericht den deutlichsten Beweis. Dieser Bericht wird uns von einem ehemaligen nationalsozialistischen Jungarbeiter mit nachfolgendem Schreiben überandt:

National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, Gau Schlesien Postanschrift nur: Georg Wörner, Breslau 1, Postfach 222

Abt.: Freim. Arbeitsdienst. Betr.: Ihre Werbung

Sie sind zur Teilnahme am Arbeitslager Glogeiche des Freim. Arbeitsdienstes der NSDAP. zugelassen. Mit Ihrem Eintreffen wird am Mittwoch, den 24. 8. gerechnet.

Mitzubringen haben Sie: Arbeitskleidung, Handtuch, Seife, Schuhputzzeug, Sporthose, Turnschuhe, Rüssel, Eßbesteck, Schnaps, Trintbecher, Zahnbürste, Lieberbücher, evtl. Musikinstrumente. Heil Hitler!

f. h. A. (Stempel) gez.: Valerius Siedler Krause Gausachberater für Freim. Arbeitsdienst.

Mehlwassersuppe als Hauptnahrung

Dazu bemerkt der Jungarbeiter, daß er den Dienst pünktlich angetreten hat und daß er enttäuscht nach 14 Tagen das Nazilager wieder verließ, weil er nicht verhungern wollte. Das Essen bestand in der Hauptsache aus einer Mehlwassersuppe, die es morgens nach dem Aufstehen und zu Mittag gab.

„Der hat hier nichts mehr zu suchen, seine Sachen sind nicht mehr da!“

Diese Sachen haben einen Wert von ungefähr 200 Mark. Ueber diese Sachen, welche diesem SA-Proleten niemals mehr ersetzt werden, hat sich ein Teil seiner eigenen SA-Kameraden hergestürzt wie die Raubtiere auf die Beute, und jeder hat sich das Beste ausgesucht.

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“

So steht es auf den Fahnen der NSDAP. geschrieben. Wie aber hier der Gemeinnutz aussieht, daß man sich an den wenigen Habseigenheiten eines Naziproleten bereichert, zeigt sehr deutlich, daß alle nur erdenklichen Lasten und Leidenchaften in dieser Partei gesüchtet werden.

Diese Zuschrift eines SA-Proleten, welche uns in vorstehendem Wortlaut übermittelt wurde, legt ein deutliches Zeugnis davon ab, was sich hinter den Kulissen dieser „Arbeiterpartei“ abspielt. Klar und eindeutig geht aus diesem Bericht hervor, was wir schon immer betont haben, daß diese Partei der Prinzen, Grafen und Kapitalisten niemals etwas mit Interessenvertretung der werktätigen Bevölkerung zu tun hat.

Schweinehunde sind es, die sich in unsere Bewegung einschleichen haben!

So erklärte Brüdner in der letzten Amtsvermählung im „Messehof“. So also sieht diese Bewegung aus, nachdem die irreführenden Naziproleten immer mehr und mehr erkennen, welche Zustände in dieser Partei vorherrschend sind. Und die, welche sich gegen diese zur Wehr setzen, werden von diesen Kapitalnechten als „Schweinehunde“ bezeichnet.

Naziproleten, Hitlerwähler!

Bicht aus diesen hier angeführten Tatsachen die einzig richtige Lehre, indem ihr diesen sozialen und nationalen Verrätern die Gefolgschaft verweigert.

Die Zerfetzung in diesen Reihen macht sich bereits in immer größerer Form bemerkbar, denn die Tatsache, daß vor einigen Tagen allein in Halle 600 SA-Proleten diese Verräterpartei fluchtartig verlassen haben, zeigt, wie die Zerfetzung immer weiter fortschreitet.

- Heraus aus dieser Partei des nationalen und sozialen Verrats!
Reißt euch ein in die Kampffront aller Werktätigen!
Reißt euch ein in die Einheitsfrontaktion, kämpft in gemeinsamer Front mit allen Ausgebeuteten für die Zurückeroberung des geraubten Lohnes, für die Rettung vor Hunger und Frost durch Öffnung der Getreidebesprecher, Warenlager und Aushalten!

Schuhputzzeug, Sporthosen, Turnschuhe, Rüssel- und Eßbesteck usw. Alles das sollten die Arbeitsdienstler mitbringen und in gutem Stand halten. Wir haben besonders den letzten Satz des Schreibens hervor, in welchem es heißt: „Höflichkeitsformeln fallen bei allen parteiamtlichen Schreiben weg.“

Arbeiten, Hungern und Maulhalten,

das war die Parole im Arbeitslager „Glogeiche“. Es ist ganz natürlich, daß solche Zustände, solche Knechtungsmaßnahmen nur die wenigsten ertragen. Der Jungarbeiter zog es deshalb vor, entgegen dem Willen seines Vaters, der Nazi ist, das Lager zu verlassen und in der Büttnerstraße Holz zu hacken.

25 MILLIONEN ZENTNER KARTOFFELN

werden zu Sprit verarbeitet oder sollen verfaulen! Millionen können sich keine Kartoffeln kaufen!

Öffnet die Speicher! Heraus mit dem Überfluß! Jedem Erwerbslosen u. sozial Hilfsbedürftigen sofort fünf Zentner Kartoffeln!

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Walter Sucha, in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callmann, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trabrenner Straße 24.

RUND UM DEN ERDBALL

Deutsche Behörden im Dienste Polens

Der Fall Gawrilowicz

Nationalsozialismus ist gegenwärtig Trumpf in Deutschland. Presse, Kino und Radio terrieren morgens mittags und abends den übelsten Nationalismus. Man proklamiert unbedingte Feindschaft gegen Polen, wenn es heißt, die deutsche imperialistische Natur zu begründen. Aber man kann auch anders und zwar dann wenn es gegen revolutionäre Arbeiter geht.

In der Zeitung Weiermünde-See verbüßt Heinrich Gawrilowicz zur Zeit eine Arreststrafe von 1 1/2 Jahren, die ihm vom Reichsgericht wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ erteilt wurde. Im Januar 1933 ist diese Strafe beendet.

Kürzlich erhielt G. nun vom Polizeidirektor in Weiermünde ein Schreiben, worin mitgeteilt wurde, daß der Regierungspräsident in Stade beabsichtigt, ihn nach verbüßter Strafe aus Breunigen auszuweisen und zwangsweise nach Polen abzuweisen.

Im Gawrilowicz-Falle? O nein! Er ist in Frankfurt a. Main (liegt doch wohl in Deutschland?) geboren und hat nie einen Fuß über die Grenze gesetzt. Seine Frau ist gleichfalls eine Deutsche. Der Vater war Weiermünder, geboren in einem Gebiet, das später polnisch wurde, so daß mit dem Vater auch der Sohn die polnische Staatsangehörigkeit erhielt.

Die deutschen Nationalisten, die nicht genug über das Schicksal der Deutschen in den abgetrennten Gebieten jenseits können lesen, sind sich nichtig ins Zeug treten als Richter bei den polnischen Behörden auf, um G. plötzlich einen polnischen Paß überreichen zu lassen. Und jetzt soll er zwangsweise abgehoben werden.

Die deutschen Behörden wissen genau was das bedeutet. In Polen erwarten G. Arbeitslosigkeit und Schikanen, zumal er nicht einmal die polnische Sprache beherrscht. Als in einem anderen Lande Vorbeirichter kann er in Polen inhaftiert werden, abgetrieben von der zwangsweisen Einziehung zum Militär und Bestrafung wegen Nichtmeldung zum Militärdienst.

Dem Haupt der russischen Weiermünder, Kerenki gestattet man nicht nur den Aufenthalt in Deutschland, man läßt ihn sogar Hochverträge gegen die Sowjetunion halten. Gawrilowicz wird aber zwangsweise zum Polen geschickt, um nach Verhandlung mit den polnischen Behörden nach dort abgehoben zu werden. Das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. blindwütiger Haß gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung der gelobten Nationalisten zum Anwalt der russischen Konterrevolution, wie im Falle Kerenki, und zum Büttel Polens-Polens macht, wie im Falle Gawrilowicz.

Die rote Hilfe und mit ihr die gesamte werktätige Bevölkerung legt schärfsten Protest ein und verlangt die sofortige Rückgängigmachung des Ausweisungsbefehles.

Eisenbahnunfälle

Brüffel, 21. Dezember. Am Dienstag nachmittag fuhr in Antwerpen eine Lokomotive als sie vor einem Personenzug gekuppelt werden sollte, heftig auf den Personenzug auf. 15 Personen erlitten Querschnitten und andere Verletzungen.

Wuppertal, 21. Dezember. Am Dienstagabend entgleisten um 19.20 Uhr bei der Einfahrt in den Hauptbahnhof Wuppertal-Eberfeld drei Wagen des von Köln kommenden Personenzuges 553. Drei Personen wurden durch Schrammen und Beulen leicht verletzt.

Rio de Janeiro, 21. Dezember. In der Nähe der brasilianischen Stadt Natala ereignete sich infolge Jugentaleiuna ein schweres Eisenbahnunfall. Zwei Waggons und der Heiser wurden zerstört und 40 Personen verwundet.

Erdstöße in USA

New York, 21. Dezember. Im Norden Neffen wurden gegen Mitternacht schwere Erdstöße verspürt. In Salt Lake City (Utah) blieben die Uhren in zehn Telegraphenämtern stehen. In San Francisco haben die Wächter im Staatskapitol bemerkt, daß die Kronleuchter zu schwingen begannen. Auch haben sie Krachen in der Kuppel vernommen.

Mammutfunde im Polarmeer

Moskau, 21. Dezember. Einer Meldung aus Leningrad zufolge haben die Mitglieder der letzten Polar Expedition die zum Heberwerden auf der Arctische-Tripel zurückgelassen sind 52 Mammutfossilien gefunden, deren einzelne ein Gewicht von 96 Pfund haben. Die Fossilien sind sehr gut erhalten.

17 Verletzte bei dem Flarenannglück in der Pariser Vorstadt

Paris, 21. Dezember. Zu dem Flarenannglück in der Pariser Vorstadt: Antonio ist ergänzend zu melden, daß sich an Bord des Flugzeugs entgegen der ersten Annahme nur ein Flieger befand, der bei dem Unfall verbrannte. Bei dem zweiten Todesopfer handelt es sich um eine Frau, die mit ihren beiden Enkelkindern das Haus bewohnte. Als das Flugzeug auf das Dach stürzte, schüttete sie sofort mit den beiden Kindern. Sie lehrte jedoch kurz darauf noch einmal in das brennende Gebäude zurück, um ihre Verwandten zu retten. Allem Anschein nach ist sie dabei durch den heißen Rauch betäubt worden und darauf ebenfalls verbrannt. Die Zahl der Verletzten beträgt insgesamt 17. Davon mußten acht Personen ins Krankenhaus gebracht werden. Lebensgefahr besteht jedoch bei keinem der Verletzten weiter wird noch bekannt, daß der Abstieg des Flugzeugs im Anschluß an eine „Todesstöße“ erfolgte, die der Flieger in etwa 200 Meter Höhe ausgeführt hatte.

„Sie trinken Sekt aus Wohltätigkeit“

Die sozialdemokratische Presse „klagt“ — Eine Antwort auf eine sozialdemokratische Demagogie

Im „Volks Echo“ vom 6. Dezember und in vielen anderen unterer Pressungen brachten wir einen Artikel unter obigem Titel. In diesem Artikel schilderten wir, wie unter der Maske der Wohltätigkeit Fülle veranstaltet werden, bei denen Sekt getrunken und Delikatessen in Unmengen verzehrt werden. Wir setzten in diesem Artikel, wie sich die hohen Herrschaften unter dem Schein, Wohltätigkeit zu üben und Not zu lindern, alle möglichen Gemüße zu Gemüte führen und sich des Lebens erfreuen.

Das sind Tatsachen, die nicht geleugnet werden können. Wer aber fühlt sich durch diese Tatsachen getroffen? Die sozialdemokratischen Führer und ihre Presse. Warum? Weil sie selbst als Bürgermeister, als Minister und hohe Regierungsbeamte solche Fülle veranstalten und auf diese Weise „Wohltätigkeit“ üben wollen, selbst zu den Schlemmern und Bräuern gehören, die aus der Not der breiten Massen für sich eine Tugend machen.

Sie fühlen sich getroffen und verfluchen, den Spleß umzudrehen, verfluchen, uns zu „entlarven“. Wie? In Berlin gibt es eine sozialistische Geländekasse, ebenso wie in den Hauptstädten der anderen kapitalistischen Länder, mit denen die Sowjetunion in diplomatischen Beziehungen steht. Die sozialistischen Geländekassen in den kapitalistischen Ländern haben Repräsentationspflichten. Nicht die Form spielt eine Rolle; es ist selbstverständlich, daß leinzeitlichlichster in den italienischen König im Jolinder besuchte, weil es galt, einen Frieden zwischen Italien und der Sowjetunion abzuschließen. Die Friedensbestrebungen der Sowjetunion sind wichtiger, als einige überlebte Formen, denen sich die sozialistischen Vertreter im Ausland, solange die Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern aufrecht erhalten werden müssen, auch anpassen müssen; das verübt jeder Arbeiter.

Die sozialdemokratische Presse dreht den Spleß um. Sie behauptet folgendes: Die Kommunisten wettern gegen die Herren, die unter der Maske der Wohltätigkeit Saufgelage veranstalten. Und nun tun sie daselbe. Wo denn? Etwa in der Sowjetunion, in dem Lande, in dem unter Führung der Kommunistischen Partei das Proletariat am Ruder ist? Keineswegs. In der Sowjetunion finden solche Fülle nicht statt. Dort werden keine Saufgelage veranstaltet, um scheinbar den notleidenden Proletariern zu helfen. Dort finden solche Fülle überhaupt nicht statt, weil es dort keine Bourgeoisie mehr gibt, keine Schlemmer und Pralser auf Kosten der werktätigen Massen.

Wo also beteiligen sich die Kommunisten an Saufgelagen? Nirgends. Der sozialistische Geländekasse in Berlin und keine Frau haben als diplomatische Vertreter im kapitalistischen Deutschland Repräsentationspflichten. Ob sie wollen oder nicht, sie müssen sich den hier herrschenden Formen bis zu einem gewissen Grade anpassen und an Füllen der Presse, an offiziellen Empfängen und dergleichen teilnehmen. Wenn solche Fülle die Masse der Wohltätigkeit tragen, wenn da Saufgelage veranstaltet werden, dann trifft die sozialistische Vertreter nicht die geringste Verantwortung.

Betroffen von diesem Artikel konnten sich nur die fühlen, die wirklich die Verantwortung dafür tragen, und das sind in den meisten Fällen die sozialdemokratischen Führer, die ungeheure Gehälter beziehen, die in Saus und Braus dahingleben und bei denen sich die Not des Volkes in stehendem Sekt verwandelt.

Solche demagogischen Angriffe auf die Sowjetvertreter dienen nur dem einen Zweck, die werktätigen Massen von den wahren Urhebern ihrer Not abzulenken, das Schlemmen und Pralser zu rechtfertigen.

Von der Ueberschwemmungskatastrophe in Südfrankreich,

die weite Teile des Landes infolge anhaltender Regenfälle unter Wasser gesetzt und bereits schweren Schaden angerichtet hat: ein überschwemmtes Dorf in Narbonne, dem Mittelpunkt der Katastrophe.



Die „zahmen“ Indianer

Wie aus „Wilden“ Zähme werden — Die Tüchtigkeit der Missionen und ihrer Ärzte

Wir hatten schon öfter Gelegenheit, uns in der „Roten Fahne“ mit den in der letzten Zeit verstärkenden Bestrebungen zur Erwerbung von Kolonien zu beschäftigen. Alle erdenklichen Mittel werden erionnen, Kolonisationsgesellschaften werden gegründet und überall wird die Trommel gerührt, um Stimmung für neue koloniale Unternehmungen zu schaffen. Ganz besonders und ganz bewußt wird die wirtschaftliche Not der akademischen Jugend ausgenutzt, der goldene Berge versprochen werden, wenn sie sich dazu entschließen, in den ehemals deutschen Mandatsgebieten für deutsche Jucht und deutsche Kolonisation zu werben.

Kirchliche Missionsgesellschaften haben es sich zum Ziel gesetzt, die „Heiden“ wie es so schön heißt, zu bekehren. Selbstverständlich sind außer rein religiösen Erwägungen keine anderen Gründe für die immer regere Tätigkeit der christlichen Mission der protestantischen wie der katholischen, vorhanden. Nur das Interesse an der Rettung der Seelen, nicht etwa irgendwelche imperialistischen Eroberungsinteressen bestimmen die frommen Herren zu ihrer Tätigkeit.

Man Sped jängt man Mäuse. Diese alte Weisheit haben sich die Vertreter Gottes auf Erden ja schon seit langem zu eigen gemacht und sie verprechen dem gottlosen, ungläubigen Heidentum das Blaue vom Himmel herunter, nur damit es sich bekehren läßt. Nur fallen die „Heiden“ immer leistung auf die leeren Versprechungen herein, und es soll schon vorgekommen sein, daß sie dem diden europäischen Missionar in recht unzweideutiger Weise ihre Ansicht über seine Tätigkeit, über seine Einmischung in Angelegenheiten eines fremden Volksstammes, die ihn gar nichts angehen, gelagt haben.

Da muß denn die Kirche schon mit handgreiflicheren Argumenten aufwarten. Sie muß ihren neuen Schutzbefohlenen auch etwas dafür bieten, damit sie sich einer Probe unterwerfen, die ihrem ganzen Empfinden, ihrer ganzen Denkungsart absolut zuwiderläuft. Am allerbesten geeignet dazu sind die Missionsärzte, „Priesterärzte“ genannt, also Menschen, die einerseits die Seele, andererseits den Körper zu heilen gelernt haben. Und das ist in der ganzen Welt, vor allem aber in den Kolonialstaaten Millionen von Menschen gibt, die als Segnungen der kapitalistischen Kultur bisher nur Hunger, Elend, Tuberkulose, Sphäris und Seuchen aller Art kennengelernt haben, denen der weiße Mann nur in Gestalt eines peitschenschwingenden Unternehmers oder Aufsichtsbeamten entgegentritt, so ist auch überall der Bedarf an Ärzten groß. Und ein Priester, der gleichzeitig Arzt ist, hat es ziemlich

leicht, seine Beschwörungsformeln bei primitiven Menschen anzubringen, die ihn seiner medizinischen Kenntnisse wegen schätzen und verehren.

Diese Einstellung der Eingeborenen wird von den Missionsgesellschaften ganz bewußt ausgenutzt. Ein Heer von Priesterärzten ergießt sich aus den kapitalistischen Ländern der Welt, auch aus der deutschen Republik, über alle Kolonialländer. In Würzburg besteht seit 10 Jahren ein missionsärztliches Institut der katholischen Kirche, aus dem an die 200 Priesterärzte und Missionare mit ärztlicher Vorbildung ausgesandt wurden.

Die Stellung der europäischen Ärzte zu den Eingeborenen wird charakterisiert durch Ausführungen eines Dr. Hoffmann, der sich zur Zeit in Trachy im Staate Rio Grande do Sul (Brasilien) befindet, und die in der „Medizinischen Welt“ vom 26. November 1932 abgedruckt sind. Dieser famose Doktor hat im brasilianischen Urwald als Arzt gearbeitet und dabei einige nicht einmal die Fachwissenschaften interessierende persönliche Erfahrungen gemacht. Was aber der breiten Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden soll, das ist seine Stellung zu den Eingeborenen. Er trennt sie nämlich in „Wilde“ und „... nein, das muß man mörlich genießen: „Mich interessierte, daß der zahme Indianer seine kleinen Wunden mit Baumharz beschmiert.“

Daß man die Eingeborenen als „Wilde“ zu bezeichnen hat, lernen die Kinder ja schon in der Schule. Die ganze Ueberheblichkeit europäischer Kolonialisten liegt allein schon in diesem Ausdruck. Daß man aber getaupte, in „geregelten“ Arbeitsverhältnissen lebende Kolonialsklaven als „zahn“ bezeichnet, das dürfte bisher wohl doch noch nicht allgemeiner Brauch zu sein. Immerhin zeigt es, welche Stellung die Mission, die Priester und Ärzte zu den Heiden auch dann noch einnehmen, wenn sie gezähmt, das heißt bekehrt worden sind.

Dr. med. Wilhelm Swienty.

Großfeuer in einer englischen Klavierfabrik

London, 21. Dezember. Ein Großfeuer vernichtete in der Nacht zum Mittwoch die englische Klavierfabrik Winton and Winton fast vollständig. Die vierstöckige Fabrik brannte innerhalb von zwei Stunden bis auf die Mauern nieder. Der angerichtete Sachschaden wird auf rund eine halbe Million Mark geschätzt.

Ein Arbeiter an der „Wohlfahrt“ erfroren!

Ueberfüllte Kohlenhalden stehen in Flammen und die Menschen erfrieren — Verstärkt die Einheitsaktion für die Deffnung der Kohlenhalden

Der bürgerliche Pressedienst meldet:

„Am 20. Dezember wurde der Arbeiter Albert Waltheus vor seiner Wohnung in Stannowitz bei Striegau tot aufgefunden. Allem Anschein nach ist der Tod auf die Kälte zurückzuführen.“

Der Arbeiter Waltheus ist also erfroren! Das war möglich, obwohl augenblicklich auf den Kohlenhalden in Waldenburg noch 286 300 Tonnen Kohlen und Stofs lagern. Auf der einen Seite erfrieren die Erwerbslosen, während auf der anderen die Kohlen zu Berge gesteuert auf den Halben lagern.

Von Mitleidern wird gemeldet, daß seit Freitag die Kohlenberge der Zechen Soja-Jakoba in Flammen stehen. 120 Arbeiter mußten aufgebunden werden, um den Entzündungsheerd festzustellen. Die Grubenbarone, die kapitalistischen Herrscher lassen die Kohlen lieber sich entzünden, statt sie den Millionen frierenden und hungernden Erwerbslosen zuzuführen.

Das Erwerbsloseneid forderte in den letzten Tagen noch mehr Todesopfer.

Aus Glogau wird gemeldet, daß sich bei dem Dorfe Betchan die 27jährige Frau Margarete Andorf von dem nach Sagan fahrenden Mitlagenzug überfahren ließ. Ihr wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt.

Aus Schweidnitz wird gemeldet, daß in Ober-Weistritz der 19jährige Fleischergeselle Gerhard Heinrich auf dem Boden über der Fleischerwerkstatt an einer Leiter erhängt aufgefunden wurde.

Aus Gottesberg wird berichtet, daß der etwa 30 Jahre alte unverheiratete Bergmann Heinrich Thaeßler durch Erhängen Selbstmord beging.

Diese Mordungen legen ein Zeugnis von der verzweifeltsten Lage, in der sich die Erwerbslosen und alle Werktätigen befinden, ab. Der Grund all dieser Freitode ist ausnahmslos in wirtschaftlicher Not zu suchen. Erwerbslosigkeit, die ungeheuren Hungerlöhne der noch im Betriebe stehenden sowie die Unmöglichkeit der Werktätigen, sich eine gesicherte Lebensgrundlage zu schaffen, führen zu dieser Verzweiflung. Wir sagen allen Erwerbslosen und Werktätigen: Der Freitod ist kein Ausweg. Dieser Weg ist ein Zeichen der Feindschaft.

Arbeiterkorrespondenten schreiben über den Kampf der Erwerbslosen

Nachfolgend bringen wir eine Anzahl Berichte unserer Arbeiterkorrespondenten, die zeigen, wie Hunger, Elend und Not erfolgreich bekämpft werden muß und kann.

Rauscha. Hier wurde versucht, den Unterstützungsempfängern die Räte in Abzug zu bringen. Am Freitagvormittag demontierten die Wohlfahrtskommissionen die Annahme dieser Anordnung. Vor dem Gemeindevorstand entstanden Anstimmungen. In erregten Worten wurde gegen die unerhörte Maßnahme Stellung genommen. Eine am Abend stattgefundene Versammlung auf dem Gewerkschaftsplatz forderte ebenfalls Auszahlung der vollen Unterstützung.

Herrnsdorf, Kreis Landskron. In der hiesigen Gemeinde wurde die Forderung der Erwerbslosen nach einer Winterhilfe in der Gemeindevorstandung rücksichtslos abgewürgt. Unter dem Tode der Erwerbslosen mußten die Gemeindevorstandung in einer öffentlichen Sitzung erneut zu den Erwerbslosenentscheidungen Stellung nehmen. Um die erregten Erwerbslosen zu beruhigen, wurde ein Hilfsausschuß gewählt, in dem einige Erwerbslose vertreten sind. Die Erwerbslosen wissen, daß sie noch lange darauf warten müssen, um von diesem Ausschuss eine Hilfe zu bekommen. Sie werden nicht nachlassen und in einheitlich geschlossener Front weiterkämpfen, um die Erfüllung ihrer Forderungen zu erreichen.

Gummimüppel statt Brot für die Erwerbslosen!

Freiwaldau. Die kommunistische Partei, Ortsgruppe Freiwaldau, richtete an den Gemeindevorstand einen Dringlichkeitsantrag, welche Winterhilfe für die Erwerbslosen. Da vor Weihnachten keine Sitzung mehr stattfinden sollte, sprach am 11. d. M. eine Delegation der Erwerbslosen auf dem Rathaus vor. Es war außer dem SPD.-Vorstand auch der hiesige Landrat, ein Regierungsdirektor aus Sagan, anwesend. Die Delegation forderte außer einer Unterstützung in Geld für die Forderung der Wintermonate die sich aus dem Entschuldigungsantrag des Reichshaushaltsausschusses ergebende Unterstützung an Brot, Mehl, Kohle usw.

Erst wollte der Vertreter des Landrats die Delegation, andere Genossen Lehmann, Steinhilber, Stille, und Gräßel, überhaupt nicht vorlassen, aber unter dem Tode der Massen und dem energischen Vorgehen unserer Genossen sprach dann nicht nur die Delegation vor, sondern

das Denzinger des Bürgermeisters füllte sich mit Erwerbslosen, während der Sturm ebenfalls nicht besetzt war. Der würdige Vertreter unserer Republik und des Herrn Landrats erwiderte, daß er nichts bewilligen könne. Da er sich keine Gelder verhandeln wüßte, und zweitens könne er es den Gemeindevorstand gegenüber nicht verantworten.

Er erklärte dann aber, als er sah, daß die Stimmung immer erregter wurde, daß er bei der Regierung in Liegnitz anrufen wolle, um unter den gegebenen Forderungen Rechnung zu tragen. Dies aber war ein feiges Mandat, um die Arbeiterklasse zu beruhigen. Unter Genosse Gräßel hatte ihm erklärt, daß die Erwerbslosen keine Zeit haben, zu verhungern oder zum Strid zu greifen.

Das genügte dem würdigen Repräsentanten des jetzigen Regimes, mit schlotternden Knien das Lieberfallskommando von Görlich in Säcke von 20 Mann und weitere 5 Oberlandjäger aus der Umgebung nach Freiwaldau zu rufen.

Als die bewährte Macht einzat, schloß sich der Herr Meßner mit einem Schrei an und verlangte, daß die Erwerbslosen nach Sagan gehen sollten, denn er könne nichts bewilligen, weil keine Bedenken für diese Maßnahmen da seien.

Für 300 Erwerbslose je ein Brot zu schaffen (150 Mark) ist kein Geld da, aber ungefähr 200 Mark für das Lieberfallskommando können und müssen gezahlt werden.

Als die bewährte Macht machte der Bürgermeister „Winkler“, als der höchste Landratsüberreiter davonfuhr.

Die Schwere aus Görlich verzog sich dann um 3 Uhr wieder. Die Lieberfallskommando aus der ganzen Umgebung patrouillierten in den Straßen.

Arbeiter von Freiwaldau! Brot hat man nicht für

SPD.-Fürsorgevorsteher kürzt einer Arbeiterin die Unterstützung um 3,50 Mark

Waldenburg-Altwasser. In Waldenburg verfiel Berger, Mitglied der SPD., das Amt eines Fürsorgevorstehers. Als solcher hat er sich bei den Erwerbslosen schon reichlich unbeliebt gemacht. So wurde der erwerbslose Arbeiter H. durch die Prüfungspraxis des Fürsorgevorstehers Berger die Unterstützung um 3,50 Mark gekürzt. H. bezog vor ihrer Beschäftigung eine Unterstützung von fünf Mark

Massendemonstrationen und Kämpfe der Erwerbslosen Her mit dem Getreide, den Kartoffeln und Kohlen, die im Ueberfluß vorhanden sind!

Ströbel. Vor kurzem hatten sich die Wohlfahrtskommissionen bei Hiescher versammelt, um gegen den Unterstützungsraub Stellung zu nehmen. Es wurde ein Erwerbslosenausschuß, bestehend aus zwei parteilosen Arbeitern, einem Angehörigen der Eisernen Front und drei SPD.-Arbeitern, gewählt. Folgende Anträge wurden gestellt und sofort dem Gemeindevorstand unterbreitet.

1. Zahlung der Unterstützung in bisheriger Höhe.
2. Auszahlung der doppelten Unterstützung in der Woche vor Weihnachten.
3. Beschaffung von verbilligter Kohle für alle Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen.
4. Beschaffung von Schuhwerk für Kinder langjähriger Erwerbsloser.
5. Stempelkontrolle für die Wohlfahrtskommissionen in Ströbel.
6. Vereinstellung eines Schulzimmers für die jugendlichen Erwerbslosen.

Der Genosse Steiner beantragte gegenüber dem Gemeindevorstand die Anträge für die Wohlfahrtskommissionen.

Während der Erwerbslosenausschuß verhandelte, hatten sich die Erwerbslosen, welche mit vor das Gemeindevorstand gezogen waren, vor dem Büro versammelt.

Gemeindevorstand trauete sich deshalb nicht, die Verhandlung mit dem Erwerbslosenausschuß abzulehnen. Die Anträge 3, 4 und 5 wurden anerkannt und sollen verwirklicht werden. Der Antrag 6 soll nach der Gemeindevorstandung bzw. dem Zählvorstand unterbreitet werden. Die Anträge 1 und 2 sollen dem Wohlfahrtsausschuß zur Beratung vorgelegt werden.

Die Erwerbslosen von Ströbel haben durch ihr gemeinsames Auftreten die Erfüllung einiger wichtiger Forderungen erreicht. Jetzt gilt es, geschlossen mit dem Erwerbslosenausschuß an

zu kämpfen, wohl aber das Vorgehen der Polizei soll auch den Hunger verdrängen machen. Zieht die Lehre daraus!

Die örtlichen Führer der SPD. planten durch Abwesenheit einer dieser „Mannchen“, der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, Reichsbannerführer, SPD.-Mitglied, jagte, als er abtrat wurde, warum er nicht mit dem Rathaus wäre: „Als die Kommunisten machen einen Rummel, da habe ich nichts zu suchen.“

Trotzdem waren bei den ungefähr 120 Demonstranten Mitglieder des Reichsbanners und der SPD. dabei, und wir sind stolz, mit diesen nahestehenden Proleten die Einheitsfront schmieden zu können. Auch sie werden jetzt erkannt haben, wer in Wirklichkeit die Interessen der Proleten, aller Hungernden erhaben vertritt.

Reichsbanner- und SPD.-Arbeiter! Kämpft mit den Kommunisten gegen Hunger und Frost! Macht Schluss mit jenen feigen Speichelleckern, die sich immer wieder der Bildung der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiterklasse hindernd in den Weg zu stellen versuchen. Nur durch Einigkeit und geschlossenes Auftreten werden wir gemeinsam kämpfen und siegen.

Polizei- und Justizterror gegen Hungernde

Wir haben schon davon berichtet, daß die Arbeiter und Werktätigen von Rohenbach den Kampf gegen Hunger und Frost laut Meldung der „U.“ durch Demonstrationen, Riens, Steuers und Schulstreik angenommen haben. Jetzt setzt auch schon ein weiterer Polizeiterror ein. Der „U.“-Pressedienst meldet darüber:

„Die Polizei hat, soweit sie der Leute habhaft werden konnte, die die Flugblätter mit den Streikaufrufen verteilten, Strafverfahren eingeleitet. Vom Gemeindevorstand wurden Belohnungen (1) für die Ermittlung der Verteiler bzw. der Hersteller des Flugblattes ausgesetzt und außerdem bei der Regierung erhöhter Polizeischutz beantragt.“

Für verächtliche Einschüchterung der Polizei, für die Justiz und zu Belohnungen für Spitzel und Provokateure hat der kapitalistische Staat Geld, aber nicht für die Hungernden. Diese Tatsache muß unter allen Umständen der Werktätigen eine ungeheure Empörung hervorrufen. Darauf muß verstärkt der Ruf erschallen:

Her mit der Winterhilfe! Deffnet die überfüllten Getreidespeicher, Kohlenhalden und Kartoffelmieten!

und einen Zuschlag von einer Mark für ihren noch minderjährigen Sohn. Jetzt stellte die Arbeiterin einen Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung in der Hoffnung, den alten Satz zu bekommen, der ja nicht einmal zum Leben ausreichte.

Anders dachte Berger. Er nahm eine neue Prüfung vor und stellte fest, daß die Arbeiterin mit ihrem Bräutigam zusammenlebe sowie daß der 19 Jahre alte Sohn als Schlemper beschäftigt ist und zu ihrem Lebensunterhalt beitragen könne.

Der Bräutigam und der noch minderjährige Sohn wurden also verpflichtet für den Lebensunterhalt der Arbeiterin zu sorgen!

Aus diesem Grunde wurde ihr die Unterstützung um 3,50 Mark gekürzt! Hier zeigt es sich, daß die Staatsangestellten der SPD. bestrebt sind, durch ihre praktische Arbeit im Interesse des kapitalistischen Staates den Hungernden noch den letzten Pfennig zu nehmen. Die SPD.-Arbeiter werden sicher mit dem Verhalten des Fürsorgevorstehers Berger nicht einverstanden sein. Wir fordern sie auf zum gemeinsamen Kampf gegen den Unterstützungsraub, gegen Hunger und Frost!

Saganer Arbeiter demonstrieren

Sagan. Wir haben schon kurz über die Demonstration, die die Erwerbslosen am Sonntagabend durchführten, berichtet. Das unerhörte Vorgehen der Polizei gegen die Hungernden erzeugte eine ungeheure Empörung unter den Erwerbslosen und kleinen Geschäftleuten. Die Polizei ließ machlos mit dem Gummimüppel auf alle Passanten ein. Besonders brutal bewahren sich die Polizeibeamten Bray, Gärtler und Michael. Legierer erklärte mehrmals: „Denen werden wir's aber geben.“

In späterer Abendstunde demonstrierten die Arbeiter erneut unter dem Gesänge revolutionärer Lieder durch die Hauptgeschäftsstraßen. Eine erneute Gummimüppelattacke mißlang. Der Polizeikommando wurde gepörscht. So behaupteten die Erwerbslosen das Recht auf die Straße.

Alle Erwerbslosen des Kreises und der Stadt Sagan müssen der Kreisbehörde zu versichern geben, daß sie unter allen Umständen die Auszahlung der bewilligten Unterstützung noch vor Weihnachten verlangen. Dieser Forderung wird die Kreisbehörde entsprochen müssen, wenn alle erwerbslosen Männer, Frauen und Jugendlichen in der Einheitsfrontaktion zusammenschließen.

Hungerschreie in Vollenhain

Vollenhain. Die Erbitterung der Erwerbslosen war am Sonntag bei der Auszahlung der Unterstützung ungeheuer groß. Die Erwerbslosen verlangten die Auszahlung einer ausreichenden Winterhilfe. Ein revolutionärer Arbeiter sprach zu den Versammelten und sagte an Hand vieler Beispiele, daß es viele überfüllte Lebensmittelweicher und große Berge stehen gibt, womit wir unseren Hunger stillen und den Tisch abwenden könnten. Der Versuch, die Erwerbslosen mit dem Gummimüppel auseinanderzutreiben, mißlang. Am Montag ging der Kampf weiter. Eine Delegation verhandelte mit dem Bürgermeister und forderte die sofortige Erfüllung der Erwerbslosenforderungen.

Inzwischen versammelten sich die Erwerbslosen auf dem Ring, und laut ertönten ihre Hungerschreie.

Die Polizei versuchte vergebens, die Erwerbslosen vom Ring zu vertreiben. Nach einiger Zeit gab die Delegation vor dem Rathaus den Versammelten einen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen. Als jetzt wurde zugesagt, einige Zentner Kohlen und auch etwas Zucker an die Erwerbslosen abzugeben.

Die Erwerbslosen von Vollenhain werden sich mit diesen gänzlich unzureichenden Zugeständnissen nicht zufrieden geben. Gerade in Vollenhain werden die niedrigsten Wohlfahrtsätze gezahlt. In Liebau war es möglich, durch die Massendemonstrationen der Erwerbslosen eine wirkliche Winterhilfe zu erzwingen. Das muß auch in Vollenhain möglich sein!

Erwerbslose, schließt euch zusammen und kämpft weiter für eure Forderungen, damit auch ihr euch vor dem Hunger und vor dem Frost schützen könnt.

Gleichzeitig wo ein verächtlicher Polizei- und Justizterror gegen die Hungernden einsetzt, wo der Genosse Seidel aus Weisklein zu zehn Jahren verurteilt noch immer im Zuchthaus schmachtet, wird folgendes mitgeteilt:

„Im Zusammenhang mit den im August dieses Jahres erfolgten politischen Anschlügen stand für den 15. und 19. dieses Monats je ein Prozeß vor dem Görliger Sondergericht an. Diese Prozesse sind vorläufig im Hinblick auf die Möglichkeit des Zustandekommens eines Amnestiegesetzes abgesetzt worden.“

Es ist bekannt, daß die Anschlügen von Angehörigen der SA. auf Befehl der Führer erfolgt sind. Von vornherein rechnet man also für die Fahrgäste mit Straflosigkeit, während der Genosse Seidel trotz Amnestie zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Die Werktätigen müssen darauf mit verstärktem Kampf gegen die Klassenjustiz, für die Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen antworten. Nebst Solidarität! Keine Hilfe tut not!

Heraus mit den Antifaschisten Seidel und Bartl!

Landeshut. Folgende Protestresolution wurde an die Staatsanwaltschaft in Waldenburg abgeleitet:

Die am 10. Dezember tagende Mitgliederversammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus der Ortsgruppe Landeshut protestiert aufs schärfste gegen das Schandurteil gegen den Genossen Seidel und fordert sofortige Freilassung des Genossen.

Protestresolution

An das Sächsische Justizministerium

Dresden.

Schossdorf. Die am 15. Dezember stattgefundene Versammlung der K.P.D., K.A.P., Kampfbund, Massenbesitzung nimmt mit größter Empörung Kenntnis von dem ungeheuren Terrorurteil des Chemnitzer Sondergerichts gegen den Antifaschisten Arbeiter Bartl. Trotzdem diesen Arbeiter nicht nachgewiesen werden konnte, daß er den tödlichen Schuß abgab, trotzdem die angebliche Tat des Augenzeugen am 31. Juli, also zehn Tage vor Inkrafttreten der Notverordnung der Sondergerichte geschah, verurteilt man diesen Arbeiter zum Tode. Wir protestieren auf das schärfste gegen dieses Terrorurteil und fordern sofortige Freilassung des Arbeiters Bartl. Ferner erleben wir den Kampf für die Freilassung aller proletarisch-politischen Gefangenen und Aufhebung der Sondergerichte mit vollen Kräften bis zum vollen Siege zu führen.

Helft den politischen Gefangenen!

Landeshut. Die sieben Mitglieder starke Rote-Hilfe-Zelle Cartan-Forst hat jedoch auf die Winterhilfssammelkassen der Roten Hilfe eine Monatszahlung von 8,70 Mark gemacht. Laßt euch nicht von diesen jungen Genossen beschämen! Auch in Landeshut wurde bei der Geschäftswelt sehr gut gesammelt. Das zeigt, daß auch diese Kreise erkannt haben, daß, wenn es der Arbeiterschaft schlecht

geht, sie ihre Ware nicht loswerden und deshalb den Befreiungskampf des Proletariats unterstützen müssen. Dieses muß ein Ansporn für alle Genossen sein, die Winterhilfscampagne der Roten Hilfe, die bis 15. Februar geht, restlos durchzuführen. Jeder Werktätige und ein großer Teil des Mittelstandes ist bereit, für die Opfer des Klassenkampfes und ihre Hinterbliebenen ein Scherlein, und wenn es auch nur Pfennige sind, beizusteuern. Deshalb, Genossen, nicht nachlassen! Man erst recht weiterkommen und auch nicht vergessen, neue Mitglieder zu werben. Wo bleiben die Genossen aus den Betrieben?

Nieder-Bornsdorf. Wie in anderen Orten hat auch im hiesigen Orte die Rote Hilfe ihre Sammelkassen für die politischen Gefangenen sowie deren Frauen und Kinder ausgeführt. Ein Genosse der Roten Hilfe sammelte 11,60 Mark. Zwei Genossen sammelten auf Warenjammellisten Waren im Werte von 20,15 Mark. Wir sagen diesen fleißigen Sammlern an dieser Stelle unseren proletarischen Dank. Tant auch den Geschäftleuten, die die Rote-Hilfe-Sammelungen nach ihren Kräften unterstützt haben. Tant auch den zwei proletarischen Organisationen, die die Rote-Hilfe-Sammelungen mit je 5 Mark unterstützten. Andere proletarische Organisationen stehen noch aus. Wir hoffen, daß diese den 24. Dezember nicht verstreichen lassen, ehe sie sich ihrer proletarischen Pflicht für unsere proletarischen Gefangenen und ihrer Frauen und Kinder bewußt werden. Bis jetzt wurden gesammelt 30,22 Mark und Waren im Werte von 26,15 Mark. Wir werden jedoch versuchen, noch mehr für unsere proletarisch-politischen Gefangenen zu sammeln.

Waldenburg-Altwasser. Drei Genossen sammelten für die Winterhilfe der Roten Hilfe in drei Stunden 14,50 Mark und für 10 Mark Waren und Gebrauchsgüter. Zwei Genossinnen sammelten in zwei Stunden 5 Mark und zwei andere 4,60 Mark. Genossen, weiter so und wir werden unser gestecktes Ziel trotz Polizeiterror erreichen.

Arbeitsdienstpflicht-Standal des „Volksbundes“

Dels. Von den Methoden des freiwilligen Arbeitsdienstes zeugt die folgende Tatsache, welche von einem Teilnehmer des Arbeitsdienstpflichtlagers in Fürsten-Claut, Kr. Dels, mitgeteilt wird.

Dieses Lager wurde im Juni dieses Jahres eröffnet mit dem Versprechen, daß die Teilnehmer dieses Arbeitsdienstlagers einen Wochenlohn von 21 Mark erhalten. Wie sah aber nun dieser Wochenlohn von 21 Mark aus? Beschäftigt waren in diesem Lager rund 30 Arbeitsdienstler.

Die Auszahlung des Lohnes erfolgte folgendermaßen: 11,10 Mark wurden ausgezahlt, 90 Pfennig wurden für Kleidung und Handwerkszeug einbehalten, die übrigen 9 Mark wurden einbehalten unter dem Vorwande, daß dieselben gestraht würden und nach Ablauf von 30 Wochen zur Auszahlung gelangen.

Dieses Lager ist aber am 15. November aufgelöst worden, so daß die überragende Zahl der Arbeitsdienstler keine 20 Wochen dort gearbeitet hat. 3 Mann, die über 20 Wochen dort beschäftigt waren, haben aber diesen Betrag ebenfalls nicht ausgezahlt erhalten, der die Summe von 13 Mark pro Mann ausmacht.

Auch von den verbrochenen Gutsherrn haben die Beteiligten nichts gesehen.

Diese Zustände eines Arbeitsdienstlagers zeigt, mit welchen Methoden verfahren wird, die hungernden Erwerbslosen für den Arbeitsdienst einzufangen, welche Verbrochenen gemacht werden und wie kann die Erfüllung dieser Verbrochenen ausfallen.

Da es sich hierbei nicht um ein christliches Arbeitsdienstlager handelt, denn unterstellt war dieses Lager dem Volksbund für Arbeitsdienst e.V., können die christlichen Arbeiter am besten sehen, wie man ihnen unter dem Mantel der „christlichen Nächstenliebe“ Schindeldienste getrieben wird.

Die Beteiligten dieses Arbeitsdienstlagers aber müssen, nachdem die Arbeiter dort eingekerkert sind, ganz energisch die Auszahlung der einbehaltenen Beträge fordern. Sie dürfen nicht zulassen, daß, nachdem dieses Lager geschlossen ist, die Inspiratoren dieses Lagers glauben, daß für sie die Sache als erledigt gilt.

Jungarbeiter, Arbeiter im christlichen Lager!

Wir rufen euch zu: Kämpft in gemeinsamer Einheitsfront mit den Jungarbeitern des kommunistischen Jugendverbandes und der übrigen Jungarbeiterorganisation gegen alle Methoden des Arbeitsdienstes. Laßt euch nicht durch irgendwelche Täuschungsmanöver dazu verleiten, diesen Aposteln des Arbeitsdienstes ein billiges Ausbeutungsobjekt abzugeben.

Einheitsfrontaktion aller Jungarbeiter gegen Arbeitsdienst, gegen Unterdrückungsabbau an den Jugendlichen muß auch für euch das Gebot der Stunde sein.

Kämpft in geschlossener Front in der Einheitsfrontaktion gegen alle Schikanen, denen ihr als Jungarbeiter ausgesetzt seid.

Wie es um die „Winterhilfe“ aussieht!

Brieg. Wie die „Winterhilfe“ im wahren Sinne aussieht, soll hier einmal kurz aufgezeigt werden. So ist es auch in unserem Orte die Arbeitsdienstpflicht, welche dem notwendigen Kampf um ausreichende Unterbringung dadurch aus dem Wege geht und mit allen erdenklichen Mitteln versucht, nach ihrer Methode „hindernd“ in der Not zu wirken. Durch eine breit angelegte Sammelkampagne, welche eingeleitet worden ist, soll den Armen geholfen werden. Wie sieht aber nun die Verteilung aus?

Die Verteilung der gesammelten Sachen unterliegt in diesem Jahre der Arbeiterwohlfahrt, dem Caritasbund und dem Frauenbund. Sie aber nun dieselbe vor sich geht, haben jenseitiger Fall: Ein Arbeiter von der Holzstraße 27 ging zur K.P.D., „Wohlfahrtskassen“ Ida Wolf und fragte, ob er auch was von den gesammelten Sachen der „Winterhilfe“ bekommen könnte. Aber hier wurde ihm die Antwort erteilt, da er nicht in einer Gewerkschaft organisiert sei, könne er nichts bekommen.

Ein zweites Fall zeigt auch, daß es im Caritasverband nicht anders aussieht, daß auch diese vor „Nächstenliebe“ und „Wohltätigkeit“ stehende Organisation nur nach Gunken die Verteilung vornimmt. Ein Familienvater vom Sperlingsberg 6, Vater von fünf Kindern, erhielt für 6 Mark Unterwäsche bewilligt. Aber ein kinderloses Ehepaar, welches von früh bis spät abends in die Kirche läuft, erhielt für 9 Mark Unterwäsche. Der Arbeiter lehnte die unzureichende Kleidung ab, worauf er als „Anzweifler“ und „Kotter“ bezeichnet und zur Tür hinausgeworfen wurde.

Aus diesem Grunde müssen alle Arbeiter erkennen, daß ihnen mit dieser Art „Winterhilfe“ nicht aus der Not und dem Elend geholfen wird, sondern diese Brosamen, welche hier nach besonderer Günstigkeit verteilt werden, sind nur ein Mittel dazu, daß diese bürgerlichen Wohlfahrtsverbände durch die Verteilungsmethoden die Erwerbslosen für ihre, den Kapitalismus schützenden Ziele einfangen können. Wirkliche ausreichende Winterhilfe müssen sich die Erwerbslosen

in der Einheitsfrontaktion erkämpfen. Durch die Herstellung der geschlossenen Kampffront unter der Leitung: Her mit dem Ueberfluß in den Getreidespeichern und Warenlagern! müssen die Proleten der Hungerarmee die Deffnung der Getreidespeicher, Warenlager und Kohlenhalde erzwingen.

Rußlandhege in der Kirche

Jobten am Berge. Zur Aufklärung über „bolschewistische Gräueltaten“ in Sowjetrußland, hat man vor längerer Zeit den „hochwürdigen“ Herrn Pfarrer Wachunke nach hier verlegt. Dieser hochgelehrte Gottesdiener erzählt in der Religionsstunde den Kindern, daß in U.S.S.R. den Geistlichen

„die Augen ausgestochen, die Hände abgehakt, die Zungen herausgeschitten

und wer weiß noch was für bestialische Schandtat an ihnen verübt werden. In dem gleichen Sinne ist der hochwürdige Herr Wachunke aber auch in der Kirche tätig. Dieser Sittlichkeitsapostel, der nicht in der Lage ist, 30 Schulkinder in einer Klasse auf einmal Unterricht zu erteilen, der daher immer die Hälfte nach Hause schickt, weil ihn das laute Sprechen angeblich zu sehr antreibt, der, kann aber noch mehr, und zwar folgendes: Er kann einen schwer magenkranken Kaplan, der des Herrn Pfarrers Wirten nicht genuch war, in gemeiner, bis zur Lebensgefahrlichkeit, für den betreffenden Kaplan, ausartender Weise schikanieren, in dem er diesem die ihm vom Arzt verordnete Krankenleib ganz einfach nicht zubereiten läßt, weil das der Wirten nicht paßt. Er intriguierete seinen Untergebenen weiterhin derart, daß jener schließlich einen totalen Nervenzusammenbruch erlitt und tagelang mit dem Tode rang. Ueber weitere ähnliche Beweise „christlicher Nächstenliebe“ dieses „Gottesdieners“ werden wir demnächst noch ausführlich berichten.

Klar und deutlich zeigt dieser Bericht, mit welchen Methoden die christlichen Moralprediger versuchen, den Werktätigen vor dem Sowjetrußland grüßlich zu machen, um sie abzuhalten vom Kampf für ein Arbeiter- und Bauernrußland. Auch zeigt die Handlungsweise dieses Antifaschisten gegenüber seinen Untergebenen, daß derselbe hier ein klassenfeindliches Beispiel liefert, wie die von ihm gepredigte „Nächstenliebe“ in der Praxis aussieht.

Auch der christliche Arbeiter darf sich durch diese Lügenmethoden über die Arbeiter- und Bauernregierung nicht abhalten lassen vom Kampf um bessere Lebensverhältnisse.

Nicht durch schöne Reden von der „Nächstenliebe“, die in der Praxis ganz anders aussieht, wird seine Lage verbessert, sondern in gemeinsamer Kampffront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, kann die Verbesserung erreicht werden.

Die Einheitsfrontaktion für Zurückerobung des geraubten Lohnes, für die Deffnung der Getreidespeicher und Warenlager, muß verstärkt werden. In diese Front gehört auch der Arbeiter im christlichen Lager.

Hinaus aufs Land

Am vorigen Sonntag waren eine Anzahl Genossen aus Zimpe zur Landtagung in Klarenkrant und Marienkrant und haben dort die kommunistische Idee verbreitet. Dort ist noch viel Aufklärung und Arbeit zu leisten, wie wir in der Diskussion feststellen konnten, und wie das Aeußere der beiden Orte zeigt. Wie kaum in einem anderen Dorf, sind gerade hier in den beiden Orten, die meisten Häuser und Gänge, ja sogar das Gemeindehaus, mit Hakenkreuzen beschriftet. Unter anderem steht dort: „Wer nicht auf Hitler baut, dem haben sie das Gehirn geklaut!“ „Nun die Unternehmer und Großgrundbesitzer können weiter auf Hitler bauen, denn nur ihre Interessen vertritt er. Die Arbeiterschaft aber und die Bauern und Gewerbetreibenden erkennen, oder werden noch erkennen, daß ihnen kein Hitler und kein Strasser helfen wird, sondern die gesamten Ausgebeuteten können sich nur selber helfen in geschlossener Einheitsfront. Trotz der vielen Hakenkreuze im Dorfe, ist die Hoffnung auf Hitler nicht mehr sehr groß und die Ausgebeuteten erkennen immer mehr und mehr, daß nur noch ein Sowjetdeutschland uns von Lohn- und Unterdrückungsraub, von Steuern und Entrechtung befreien kann. Ein Beweis dafür ist die letzte Wahl, wo die Zahl der kommunistischen Stimmen von 4 auf 25 gestiegen ist. Der Anspruch einer katholischen Ordensschwester von dort:

„Sie weiß, daß ein Sowjetdeutschland kommen wird.“

zeigt, wie dieser Gedanke sich verbreitet. Das Elend der Landarbeiter ist dort sehr groß und zeigt wieder, wie wenig die herrschenden Nazis sich um dieses Elend kümmern. Es gilt weiter zu arbeiten, denn es ist dort noch viel Boden zu beackern.

In Zeitungen und Literatur wurde in knapp 3 Stunden für 5,10 Mark verkauft.

Genossen! Auch dieser Bericht zeigt, daß es mit verstärkter Kraft notwendig ist, Aufklärung auf dem flachen Lande zu schaffen.

Hinaus aufs Land!

Diese Parole muß in allen Parteieinheiten in die Tat umgesetzt werden.

Erwerbslose werden rücksichtslos der Kälte ausgeliefert

Jobten a. Berge. Von seiten der Erwerbslosen der Nebenstelle des Arbeitsamtes Jobten am Berge wird uns folgendes mitgeteilt, welches klar und deutlich anzeigt, welchen Drangsalen die mit dem Hunger und der Kälte ringenden Erwerbslosen ausgesetzt sind.

An den Kontroll- und Auszahlungstagen müssen die ausgebeuteten und nur noch notdürftig besoldeten Erwerbslosen bei jeder Witterung stundenlang im Freien auf ihre Abfertigung warten. Dieses geschieht, weil aus „Sparmaßregeln“ eben nur ein Angestellter die Kontrolle erledigt. Dieser Beamte (Arbeitsamtnebenstellenleiter Herr G l o m b) erteilt dann anschließend an die Kontrolle und Auszahlungszeiten noch Auskunft und erledigt darüber hinaus auch noch alle sonstigen diesbezüglichen Angelegenheiten. Deshalb kommt es dazu, daß diejenigen Erwerbslosen, welche außer ihrer Stempelkontrolle noch irgend welche Anliegen haben, warten müssen, bis die Auszahlung oder die Kontrolle vorüber ist, wobei sie stundenlang der zügigen Luft im Korridor ausgesetzt sind, denn in dem dazu bestimmten Wartezimmer haben ganze vier Erwerbslose notdürftig Platz. Dieser Zustand muß dazu führen, daß jugendliche Erwerbslose, insbesondere aber Frauen und werdende Mütter, die schwersten gesundheitlichen Schäden erleiden.

Trotzdem den zuständigen Behörden diese skandalösen Zustände bekannt sind, ist bis jetzt nicht das geringste geschehen, um diese Dinge abzuhelfen. Es muß ja eben gepart werden, um die nötigen Ueber-schüsse in der Reichsanstalt zu erzielen.

Da nun aber die Erwerbslosen ein dringendes Interesse haben an der Abstellung dieser Zustände, soll hier aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten unbedingt bestehen, um diesem Uebelstand abzuhelfen. Bekanntlich befindet sich die Arbeitsamtnebenstelle in dem der Stadt gehörenden Kino „Schauburg“. In diesem Gebäude befindet sich ein großer Zuschauerraum mit Zentralheizung. Die Stadt hat eigene Gasanstalt, also Heizungsstoffe in ständigem Maße und genügend und auch billig vorhanden, so daß es ein leichtes wäre, diesen Raum den Erwerbslosen in geeigneter Weise zur Verfügung zu stellen. Da dieses bis jetzt aber nicht geschehen ist, müssen die Erwerbslosen für diese Forderung den Kampf organisieren.

In geschlossener Front müssen sich die Erwerbslosen, welche von dieser Nebenstelle „betreten“ werden, zusammenfinden und müssen durch den nötigen Druck dafür sorgen, daß diesem gerechten Verlangen unbedingt Rechnung getragen wird. Weiter müssen die Erwerbslosen die Forderung aufstellen, daß diese Zustände auch dadurch abgeschafft werden, daß da, wo feststeht, daß ein Beamter diesen Aufgaben allein nicht gewachsen ist, ein zweiter Beamter eingestellt wird, um die Abfertigung der Erwerbslosen in einem schnelleren Tempo zu ermöglichen.

Erwerbslose! Laßt euch nicht weiter zumuten, daß ihr mit hungrigem Magen und in zerstückelten Kleidern stundenlang den Witterungseinflüssen ausgesetzt seid. Reicht euch ein in die Kampffront der Millionenarmee des Hungers, welche, wie das schon durch viele Beispiele gezeigt worden ist, wenn sie wirklich den Kampf gegen ihr Hungerdasein und gegen die Schikanen und Drangsalen aufnehmen, sich auch Verbesserungen erkämpft haben.

Einheitsfrontaktion gegen Hunger und Frost, für die Deffnung der Getreidespeicher, Warenlager und Kohlenhalde und für menschliche Behandlung — das muß auch eure Lösung sein.

Bettfedern

laufen Vertrauenssache

streng reell und preiswert in der

Böhmischen Bettfedern-Medelage

Fritz Girke

Breslau, Friedr.-Wilh.-Str. 45, 1. Etg.

Kein Laden!

Jeder Werktätige deckt seinen Bedarf bei

Kurt Knillmann

ein

Wüstegiersdorf, Hauptstr. 73

Kolonialwaren, Tobakwaren

Obst, Südrüchte

Infurorin

haben in unjeter

Zeitung

lassen Erfolg

Hausfrauen!

Zum Fest kaufen Sie ihre

Fleisch- und Wurstwaren

gut und billig bei

Fritz Weise, Liegnitz, Marienstr. 5

Hochfeine, empfehlenswerte

Festgetränke!

Fruchtweine

Spirituosen

Rum, Arrak

Weinbrand

in vorzüglicher Qualität

zu billigsten Preisen

C. H. KÜHN

Liegnitz, Schulstraße 9

Filiale: Breslauer Str. 45

Gegründet 1838

Alt-Fruchtweinkellerei Schlesiens

Pelze, Hüte, Mützen

Paul Renner

Görlitz, Berliner Str. 45

Willst Du

iron und glücklich

sein,

kauf

Likör und Wein

bei

„DOCTOR“

nur ein!

Wein-Doctor

Breslauer Straße 43

Cartausstraße 18

Lübener Straß. 9

Haynauer Straße 34

Der Schatten des imperialistischen Krieges über Genf

Völliger Bankrott des Völkerbundes im Mandchurenkonflikt / Vertagung des englisch-perfischen Oelkonflikts / Steigert mit allen Kräften den Massenkampf gegen den imperialistischen Krieg

Genf, 21. Dezember. Seit anderthalb Jahren dröhnen in der Mandchurei die Kanonen des japanischen Imperialismus, den Beginn des neuen imperialistischen Krieges verkündend. Seit anderthalb Jahren sitzen in Genf die Vertreter der imperialistischen Staaten zusammen, um im Palast des Völkerbundes über die Mandchureifrage zu schachern. Durch stetige Herausforderung auch nur der geringsten Entscheidung hat der Völkerbund dem japanischen Imperialismus die größtmöglichen Dienste erwiesen und es ihm ermöglicht, seine Kriegsoptionen in der Mandchurei ungehindert durchzuführen.

Und nun, das Ergebnis: Der berichtigte 19er Ausschuss der Außerordentlichen Völkerbundsversammlung zum japanisch-chinesischen Konflikt hat am Dienstag seine Verhandlung unterbrochen und sich zunächst auf den 16. Januar vertagt.

Der Ausschuss hat noch nicht einmal die ihm von der Völkerbundsversammlung gestellte Aufgabe, einen Kompromißvorschlag auszuarbeiten, erfüllt, da jeder Vorschlag an den Gegensätzen zwischen den imperialistischen Staaten scheiterte.

Diese Vertagung hat eine noch größere Bedeutung, als alle Vertagungen, die der Völkerbund in der Mandchurei-Frage vor anderthalb Jahren bereits vorgenommen hat. Damals war es diesem Mordbrennerbund noch immer gelungen, irgendeine plausible Begründung für die Vertagung zu finden, einmal die Entsendung einer Kommission, das anderemal die Prüfung des Berichtes der Kommission, das drittemal die „Notwendigkeit“, einen Gegenvorschlag Japans abzuwarten, und dergleichen Begründungen mehr. Die heutige Vertagung aber ist das glatte Einverständnis des Völkerbundes, der zwar ein Instrument der größten imperialistischen Räuber zur Durchsetzung ihrer verbrecherischen Ziele ist, der sich auch „bewährt“ hat als ein Instrument der Interventionsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, der aber sofort auseinanderzufallen beginnt, sobald infolge der Verschärfung der kapitalistischen Krise die Gegensätze unter den imperialistischen Räubern bis zur Siedehitze geklungen sind.

Nicht etwa, daß die Protekte der Kuomintang-Regierung den Völkerbund daran gehindert haben, eine Entscheidung zu fällen über die Aufteilung Chinas unter den imperialistischen Mächten. Die entscheidende Ursache, weshalb es nicht möglich ist, zu einem Kompromiß unter den imperialistischen Räubern zu gelangen, das sind die Gegensätze zwischen dem japanischen Imperialismus, der mehr oder weniger offen von Frankreich und England unterstützt wird, und dem Imperialismus der Vereinigten Staaten von Amerika, der alle seine politischen Machtmittel in Bewegung setzt,

Die Versorgung der Sowjetarbeiter mit Molkereiprodukten

Um die Verbesserung der Versorgung der Werktätigen mit Molkereiprodukten zu sichern, hat die Sowjetregierung eine feste Quote für die Ablieferung von Milch, Butter und Käse im Jahre 1933 festgelegt. Die Lieferung erfolgt zu festen Preisen, wobei je nach dem Gebiet, der Leistungsfähigkeit und der Art der Wirtschaft die Quote in Höhe von 50 bis 280 Liter pro Jahr und Kuh festgesetzt wurde.

Der Beschluß verbietet ausdrücklich die Auferlegung jeder weiteren Lieferungsverpflichtung und bestimmt, daß die gesamte restliche Produktion an Molkereierzeugnissen zum eigenen Gebrauch und beliebiger Verwendung verbleiben muß.

Seng-Bei Das Rote Mai-Feng

AUS DEM CHINESISCHEN

4. Fortsetzung

Nach unserem Plan sollten alle kahlen Berge des Sai-Feng-Bezirks nach Verlauf von drei Jahren mit grünenden Bäumen bedeckt sein.

Die dem Bauernbunde angegliederte, als Vermittler fungierende Schlichtungskammer war bestrebt, jeden Fall, der in ihr zur Austragung kam, zur Bekämpfung des sozialen Übels auszunutzen.

Den Angaben des Gesundheitsfürsorgeamtes zufolge, das die Apotheke und die medizinische Beratungsstelle verwaltete, litten 60 Prozent der behandelten Bauern an Malaria und Bleichsucht infolge Unterernährung, 30 Prozent litten an Stichwunden und Ruhr, 10 Prozent litten an Beingeschwürten, 5 Prozent waren Frauen, die Geburtshilfe benötigten.

An dem hier geschilderten Zeitpunkte entsfaltete sich die Tätigkeit des Bauernbundes zu voller Blüte. Der damalige Bezirkshauptmann, Wan-Kuej-Tin, wahrte dem Bunde gegenüber vollkommene Neutralität. Dieser konnte sich folglich ungehindert weiter entwickeln, bis er zu einer achtungsgebietenden Macht wurde.

Für die Bauern galten folgende Lösungen des Bauernbundes: Herabsetzung des Pachtzinses, Zügelung der Willkürherrschaft der Grundherren, Aufhebung aller Sporteln und Abgaben. Für die uns feindselig gesinnte Augenwelt benutzten wir als Deckmantel die Schlagwörter von der Hebung der Landwirtschaft, der Verbreitung nützlicher Kenntnisse unter den Bauern, der Organisierung gemeinschaftlicher Hilfeleistung.

Die Zeit verging im Fluge — das Jahr 1923 begann. Am ersten Tage des chinesischen Neujahrsfestes, zu dem in Sai-Feng Bauern aus allen Gemeinden eintrafen, um einen feierlichen Umzug zu halten, geben wir bekannt, daß der vereinigte Bauernbund am 14. Januar alten (chinesischen) Stils eine Neujahrsfeier veranstalten werde

um seine besonderen imperialistischen Interessen in China und der Mandchurei durchzusetzen, die durch den japanischen Raubkrieg bedroht werden.

Aber nicht nur in der Mandchurei-Frage zeigt sich der völlige Bankrott des Völkerbundes, sondern zur gleichen Zeit, wie die Vertagung dieser Frage erfolgte, hat der

Völkerbundrat auch die Behandlung des britisch-perfischen Oelkonflikts bis zum Januar vertagt. Dasselbe geschah mit der Minderheiten-Beschwerde des deutschen Imperialismus gegen Polen.

Unsere Aufgaben im Kampf gegen imperialistischen Krieg

Aus den Beschlüssen des 12. EKKI-Plenums

In wenigen Wochen läßt sich zum zehnten Male der Einmarsch des französischen Imperialismus ins Ruhrgebiet. Heute signalisiert erneut die chauvinistische Kriegshetze auf beiden Seiten der Grenze, das Aufrüstungsgeschrei und die imperialistischen „Sicherheitsforderungen“ die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes. In diesen Tagen gilt es, den Massenkampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber auf eine höhere Stufe zu heben, noch höher das Banner des proletarischen Internationalismus gegen Krieg und Versailles zu entfalten. Wir geben nachstehend einen Auszug aus den Beschlüssen des XII. EKKI-Plenums wieder, in dem die Aufgaben des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg behandelt werden.

Das 12. EKKI-Plenum, das die unzweifelhaften politischen Resultate der Arbeit der kommunistischen Parteien der imperialistischen und der Kolonialländer auf dem Gebiet der Mobilisierung der Massen gegen den imperialistischen Krieg und gegen die Vorbereitung der bewaffneten Intervention anerkennt, stellt fest:

Daß die kommunistischen Parteien der imperialistischen Länder es nicht vermocht haben, durch revolutionäre Aktionen Transporttransporte nach China und Munitionstransporte für Japan zu verhindern, daß sie es nicht vermocht haben, die breiten Arbeitermassen der Rüstungsbetriebe sowie des Transport- und Verkehrswesens zum Kampf aufzurütteln,

daß die Massenkampagne gegen den Krieg, teilweise infolge opportunistischer Unterdrückung des fernöstlichen Krieges, aber auch infolge linksreaktionären leichtsinnigen Verhaltens zum Kriege nur langsam angekurst wurde.

Die allgemeinen Aufgaben aller kommunistischen Parteien im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion, im Kampf gegen Faschismus, Sozialdemokratie und bürgerlichen Pazifismus, die die Vorbereitung und Durchführung des imperialistischen Krieges und der bewaffneten Intervention gegen die Sowjetunion mit verschiedenen Methoden erleichtern, sind folgende:

a) Entfaltung eines systematischen ideologischen Kampfes gegen Chauvinismus und Nationalismus, Propagierung eines wirklichen proletarischen Internationalismus. Entlarvung aller Machenschaften der Außenpolitik der eigenen Bourgeoisie vor den Massen, Entlarvung aller, auf die Vorbereitung des Krieges gerichteten Maß-

nahmen der Innenpolitik der Bourgeoisie sowie Ausbedung der Herstellung und des Transportes von Kriegsmaterial für die imperialistischen Länder, wobei den Massen das ganze Elend des ersten imperialistischen Krieges ins Gedächtnis zu rufen und ein unermüdbarer Kampf gegen die Militarisierung der Schulen zu führen ist.

b) aktives Reagieren auf sämtliche Neugierungen der Antisowjetkampagnen, Verstärkung der Propagierung der Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion in den breitesten Massen, Mobilisierung der Werktätigen gegen die Wehrhaufen, Popularisierung der Friedenspolitik der Sowjetunion, Mobilisierung der Massen zur aktiven Verteidigung der Sowjetunion, Chinas und der chinesischen Sowjetrevolution, c) Entlarvung aller Manöver der bürgerlichen Pazifisten, vor allem aber der sozialdemokratischen Parteien an Hand aktueller und allen bekannten Tatsachen, d) Breitesten Aufdeckung vor den Massen der ganzen Eigenart des Geheimnisses der Enttarnung und der Durchführung des neuen imperialistischen Krieges (Teilmobilisierung, — Schaffung von Armeen zur Tarnung der Mobilisierung — Vorbereitung zur Säuberung des Hinterlandes von revolutionären Elementen) unter Berücksichtigung der Eigenart der von der Bourgeoisie angewandten neuen Methoden der Vorbereitung und Durchführung des Krieges bei der Ausarbeitung der Antikriegstaktik der kommunistischen Parteien.

Das 12. EKKI-Plenum verpflichtet das EK, der KZ und die ZA der kommunistischen Parteien, die Antikriegsarbeit des KZV sorgfältig zu überprüfen und alle Maßnahmen zu ihrer entscheidenden Verbesserung zu treffen.

Die gesamte internationale Situation aufserlegt der KZV, als die wichtigste geschichtliche Aufgabe: ungeachtet der zunehmenden Provokation der Imperialisten die Friedenspolitik, die von der Sowjetmacht mit aller Entschiedenheit befolgt wird, unentwegt fortzusetzen und gleichzeitig die Wehrfähigkeit der Sowjetunion zu stärken und durch Verwirklichung des großen Planes des sozialistischen Aufbaus, durch den Zusammenfluß aller Werktätigen um die Sowjetmacht — die Sowjetunion als Basis und Bollwerk des Sozialismus zu stärken.

Der Februar kam heran. Wir standen am Vorabend der ersten ernststen Zusammenstöße mit den Grundherren. Tschu-Mo, einer der einflußreichsten Grundherren, der in der Stadt Sai-Feng lebte, hatte den Pächtern seiner im Huannitanbezirk gelegenen Ländereien den Pachtzins gesteigert. Dabei hatten die Pächter diese Ländereien als sogenannte „ewige Erbszinsen“ inne; das heißt, daß weder der Pachtzins gesteigert, noch das Grundstück dem Pächter entzogen werden durfte, solange er den, in dem von Eltern und Voreltern abgeschlossenen Vertrag festgelegten Jahreszins regelmäßig entrichtete. Daher ließen die Pächter — Zu-Kun an der Spitze — die widerrechtliche Forderung des Grundherren unbeachtet. Darüber aufgebraut, bezog Tschu-Mo seine Rechte gegen die Pächter auf. Die Rechte brachen in Zu-Kuns Haus ein und schlugen dort alles kurz und klein. Sofort reichte Zu-Kun beim Bezirksbauernbund Klage ein und erklärte, er wolle seine Pachtung kündigen, da Tschu-Mo ihn auch ohne dem beständig drangalierte und auch noch den Pachtzins zu steigern vorhatte. Zu-Kuns Gesuch wurde vom Bauernbunde genehmigt, — ein Umstand, der Tschu-Mos Erbitterung noch steigerte; wußte er doch, daß kein Bauer es wagen würde, eine von einem Mitglied des Bauernbundes gekündigte Pachtung zu übernehmen.

Sofort kündigte er Zu-Kun und den übrigen fünf Pächtern, dies insgesamt über drei Schi umfaßten. Die Pächter kamen dem Befehl nach. Tags darauf reichte Tschu-Mo bei Gericht eine Klage ein, worin er die Pächter des Landdiebstahls beschuldigte und angab, sie hätten ihm nur einen Teil der Ländereien zurückgelassen, den Rest aber für sich behalten. Sofort schickte der Richter drei Polizisten nach Huannitan, um die Angeklagten zur Vernehmung vorzuführen.

Raum waren die Bauern von Huannitan der Polizisten anständig geworden, verriegelten sie auch schon ihre Häuser und stoben auseinander. Die „Hüter der Ordnung“ merkten sofort, welche gewaltigen Schreden sie der Bevölkerung eingejagt hatten, und verwandelten sich sofort „aus Füßeln zu Tigern“. Sie nahmen die Pächter fest, verlangten 6 Dollar für ihre „Mühe“, 2 Dollar für das Nachtquartier. Außerdem wurde der Laan, den die Pächter für die Zustellung der Vorladung schuldeten, willkürlich in vier Dollar umgerechnet. Soviel Geld konnten die Pächter nicht aufbringen.

Am festgelegten Tage zogen aus allen Gemeinden Scharen von Bauern mit unzähligen Fähnchen zur Stadt, begleitet von zahlreichen Orchestern und Gesellschaften von Dorfschauspielern, die in den entsprechenden Kostümen den „Löwentanz“ vorführen sollten. Der Versammlung, die auf dem weiten grünen Rasen vor dem Linjempel stattfand, wohnten gegen zehntausend Personen, darunter zehntausend Bundesmitglieder bei. Auf die Orchestermusik folgten Ansprachen, Gesang und der „Löwentanz“. Den Schluß bildete die Losung „Kummin Wanjuej“ (Es lebe die Bauernschaft!), die einstimmig unter dem betäubenden Knattern der Betarden aus den Reihen der zehntausend Anwesenden drang.

An diesem Tage hielten die Führer des Bauernbundes mehrere Ansprachen. „Für das Proletariat, wie für die Werktätigen überhaupt — führten die Redner aus — kann es keine Neujahrsreden geben, solange die Revolution nicht gesiegt hat. Der Vorabend des Neujahrsfestes ist für uns weiter nichts als der Tag, an dem die kapitalistischen Wucherer ihre Schulden eintreiben. Unsere gemeinsamen Leiden und Freuden sind es, die uns verbinden. Den heutigen Tag aber nutzen wir aus, um im Angesichte des Feindes unsere Macht zu zeigen, unseren revolutionären Geist zu stärken und uns zum entscheidenden Kampf zu rüsten. Daher trägt jeder von uns Schmerz und Jubel zugleich im Herzen.“

An diesem Tage traten 2000 neue Mitglieder dem Bunde bei, in den folgenden — durchschnittlich hundert. Wir konnten die Arbeit kaum bewältigen.

Die Grundherren schlugen Lärm und zeterten: „Wir meinten, es wär' bloßes Gerede, sie würden nichts ausgerichten können — und da kommen sie auf einmal mit solchen Dingen.“

Tschu-Mo, Grundbesitzer und Ohmann, der den Bauernbund um jeden Preis zu vernichten beschloßen hatte, schwor hoch und teuer, daß wir „die Gemeinsamkeit des Eigentums und der Frauen“ durchzuführen beabsichtigten. Gerade damals lehrte General Tschu-Tin-Tan, der eben eine schwere Niederlage erlitten hatte, nach Sai-Feng zurück, begleitet von etwa hundert demokratisierten Soldaten. Tschu-Mo wollte bei ihm die Auflösung des Bauernbundes durchsetzen. Doch konnte der General sich nicht dazu entschließen. Tschus jüngere Brüder hatten vor dem wichtigen Regierungsposten befehligt. Er selbst galt als der einflußreichste Mann in Sai-Feng, war zudem ungemein fromm und flehte Buddha täglich um unser Vernichtung an.

*) Chinesische Münze.

(Fortsetzung folgt.)

Solidaritäts-Veranstaltung

der roten Hilfe Deutschlands, Ortsgruppe Lauban, am 25. Dezember (1. Weihnachtstag) im „Hotel Bellevue“ (kleiner Saal). Zur Ausführung gelangt

„Die Verrätergasse“

ausgeführt vom Württ. Spielkollektiv der R.S., 13 Personen. Eintritt 35 Pfennig. An der Kasse 10 Pfennig Zuschlag. Der Überschuss kommt restlos den proletarisch-politischen Gefangenen zugute. Kaffeeöffnung 2 Uhr, Anfang Punkt 3 Uhr.

Verräter als Aufklärer

Am 25. Dezember findet die Theaterabende der roten Hilfe Württ. statt, deren überaus harter Besuch stets auf das neue den Beweis erbringt, daß die arbeitenden Massen und darüber hinaus weitere Schichten der Bevölkerung direkt nach gutem Willkürtheater hungern. Das Spielkollektiv der roten Hilfe Württ. unter Leitung künstlerisch bewährter Regisseure hat gegenwärtig in den Tagen des Unterbegriffs und darüber hinaus ein historisches Schauspiel auf, welches von einem namhaften Württ. Künstler und roten-Hilfe-Mitglied verfaßt und in Szene gesetzt wurde.

„Die Verrätergasse“, Schauspiel in einem Vorspiel und drei Akten, stellt eine historische Revue dar, der folgende Tatsachen zugrunde liegen: Zur Zeit des Bauernkrieges der ersten sozialen Erhebung in Deutschland begann sich auch der deutsche Süden zu rühren. Württ. eine der führenden Städte, erlebte einen gewaltigen Aufstand des Bauernvolks und der von ihm geführten Proletariermassen. Der Aufstand wurde unter Führung des blutrünstigen graubraunen Städtchens Dack blutig niedergeschlagen. Dann kehrt wieder die so beliebte Geschichtsfälschung ein. Neben mehreren Ausdrücken an jene „große Zeit“ wurde die damalige Hauptstraße der

Vollführer in „Verrätergasse“ umgetauft. Und so heißt sie bis auf den heutigen Tag.

Nun hat sich das Spielkollektiv der roten Hilfe des Staates angenommen und die damaligen Vorgänge dramatisch bearbeitet. Der oben erwähnte durchschlagende Erfolg beweist, daß die Aufklärungsarbeit des Spielkollektivs ihre Wirkung tut. Aber weit über den rein historischen Vorgang hinaus ergeben sich wie von selbst zahlreiche Parallelen mit der heutigen Zeit. Dieselben Reaktionen sind doch am Werk, dieselben Schurkenrollen, aber auch dieselben wertvollen Charaktere über das Drama, wie die feierliche Erhebung Thomas Münzer's, der schon vor 400 Jahren „alle Macht für das Volk“ verlangte.

Wann energisch wendet sich das Stück gegen den Mißbrauch der sogenannten Schmarotzer, in denen es nur so wimmelt von züchtigen deutschen Großhändlern, von trunkeleuten Verden und blutgefärbten Geldgeschäften. Es ist vielleicht zurzeit das einzige proletarische Schauspiel, was in Deutschland existiert, mit einer ungeheuren Macht der Sprache und Handlung, rückwärtslos und wahrheitsgetreu. Freiheitskämpfer früherer Jahrhunderte, deren Gebeine schon längst vermoderten, gewinnen Gestalt und geben der jetzigen Generation Kunde von längst vergangenen Kämpfen früherer Zeiten, wo auch schon die Ketten klangen und ein gewaltiges Schreien nach Freiheit durch das Volk gema. Ringum tracht das kapitalistische System samt seiner Scheinfaktur zusammen. Wir sind an der Arbeit, Wahrheit zu verbreiten. Das ist der Zweck und Ziel des Stückes.

Berichtigung

zu dem Artikel vom 3. Dezember aus Wierzdorf i. Nhb. Es ist unrichtig, daß der Vorsitzende des Erwerbslosenvereins, ein Mitglied der SPD., an der fraglichen Verteilung der Winterhilfe teilgenommen hat. Wichtig ist vielmehr, daß der Ausschuss durch die Herren Walter Goethe (Nationalsozialist) und Ernst Seidel (parteilos) vertreten war. Emil Landsmann, Obmann.

Arbeiter-Samariter gegen Kriegsrüstungen

Bunzlau. Am Sonnabend, dem 17. Dezember, hielt die Arbeiter-Samariterkolonne Bunzlau ihre Generalversammlung ab. Dieselbe war zahlreich besucht. Der bis jetzt bestehende Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Besonders Mißachten fanden bis im Laufe der Woche hier stattgefundenen Luftschuhparaden, da diese im vollständig politischen Sinne gehalten wurden. Wir als Arbeiter-Samariter sind stets bereit, unseren Mitmenschen zu helfen, sind aber Gegner von jeweiliger Kriegpropaganda. Dieses wurde auch der Bundesleitung weitergegeben.

Ferner wurde bekanntgegeben, daß in Mittelfranken am Sonnabend, dem 7. Januar 1933 eine öffentliche Versammlung stattfinden, wo der Bezirksleiter über Zweck und Ziele des Arbeiter-Samariter-Bundes sprechen wird. Am Mittwoch, dem 11. Januar 1933, beginnt daselbst unter Leitung des Herrn Dr. Schöber ein Ausbildungskursus. Weitere Auskunft wird in der Versammlung erteilt. Nach einigen geschäftlichen Fragen, die vom Vorstand beantwortet wurden, konnte die Versammlung um 10 Uhr geschlossen werden.

RGO-Kollegen!

Die Forderung der Arbeiterliteratur-Verlosung ist bis auf den 17. Januar verschoben worden. Dieser Termin wird auch wirklich eingehalten werden, wenn die Genossen pünktlich

bis zum 5. Januar 1933 restlos abrechnen!

Also, Genossen! Sorgt alle dafür, daß restlos abgerechnet wird.

Bezirkskomitee der RGO., Abt. Lit.

Achtung, Akquisiteure!

Inseratannahme für die Weihnachtsnummer am 21. Dezember bis Freitag nachmittag 3 Uhr.

Unglaubliche Leistung in der Konfektion!

 Frauenkleid ähnl. wie Abbild., mollig. Velour, weite Faltenform, z. Durchknüpfen. 3.95	 Damenkleid aus gutem Wachsamt, in schönen Muster und Farbstellungen. 3.95	 Damenkleid aus gut. reinwoll. Bouclé, mit apart. Knopfgarnit. und mod. Streifenkrawatte. 6.90	 Frauenkleid aus reinwoll. Popeline, aparte Westenform Gr. 42-52. 9.75	 Damen-Mantel aus gut. Strichlod., gut imprägn., l. all. Größ. 12.75	 Damen-Mantel aus gut. Velourtausch mit echtem Pelzkragen. 8.75
--	--	---	---	---	--

Gute Socken schwere Schweiß u. Vigognesocken Paar 38	Prachtvoll, waschkunstseid. Damen-Strümpfe mit 4-facher Sohle ll. Wahl 78	1x1 gestrichte schwarze Frauen-Strümpfe alles verstärkt Paar 54	Echt Mako-Damen-Strümpfe mod. Farb., Dopp-Sohle, Hochferse ll. Wahl Paar 58	Reinwollene Stricksocken grau, kamelhaarfarb., verst. Ferse Paar 58	Reine Wolle mit Seide plattiert Damen-Strümpfe 3-fach verst. ll. Wahl 145	Kinder-Strick-Handschuhe reine Wolle, bunt gemustert, Paar 58
Damen-Trikot-Schlüpfer Gr. 46-48 Paar 95. Größe 42-44 Paar 75	Damen-Futter-Schlüpfer moll. Winterqual., prakt. Farb., Paar 95	Weiße, warme Damen-Hemden Körper - Barchent - Stickerei 125	Männer-Barchent-Hemden 2-seit. geraucht u. stark, St. 2.45, 2.10 165	Herren-Nachthemden Wäschest. bunt Besätze, St. 2.95, 2.65 198	Knickerbocker-Strümpfe glattfarb., jaspirt gemust., 1.45, 95 68	Herren-Tuchgamaschen mod. Farb. u. Ausführung, 1.95, 1.45 95
Weiße, warme Bettlaken richtig groß, moll. Qualität Stück 195	Linon-Kissenbezüge Gr. 80/100 cm St. 78, Gr. 75, 80 cm St. 54	Linon-Bettbezüge vorzögl. Qual. Kiss. 75/90, Bez. m. 2-Kiss. 385	Frottier-Kind-Badelaken 80x100 cm kräftige Qualität 95	Kreas-Bettlaken Größe 130/200 kräftige Qualität Stück 165	Sehr hübsche Damenschlafanzüge v. Balist od. Planel 3.95, 3.65 225	Frauenhemden guter moll. Körperbarchent, schöner Stick. verarbeitet Stück 2.25, 1.65 138
Körper-Inletts echt, federdicke Qual., Deckbettbr. 1.95, Kissenbr. m 125	Prachtvolle Damast-Handtücher Größe 45x100 cm, wunderv. Qualität, ges. u. gebänd., St. 56	Damast-Tischtücher pa. Leinen-Qual., Größe 130/160 cm 175	Künstlergardinen Tüll, Etamine und Madras, 3-teil. Garn. 5.50, 3.50, 2.75 195	Bettdecken gewebt Tüll Decke über 2 Betten 9.50, 6.50, 3.95, Decke üb. 1 Bett St. 4.75, 3.50 275	Kunstseidene Steppdecken aerl. Must., m. gewaschen, Halbwoollfüllung, Stück 9.75 795	Sport-Strümpfe für Knickerbocker 1.10, 95 68
Bunte Herren-Taschentücher gute waschechte Qualität, 24, 18 15	Damen u. Herr. Taschentücher weiß od. weiß mit bunt. Kante 25, 19 14	Selbstbinder breite offene Form Stück 1.25, 95, 75 38	Herren-Wollschals gute reinwoll. Qual. gewebt u. gewirkt Stück 1.45, 1.25, 95 75	Hosenträger Gummigurt mit Ledergarnier. oder Gummibies. 95, 75 48	Oberhemden gute Qualitäten weiß und bunt 2.95, 2.25 195	Herren-Normalhemden gut, wolligem Qual. P. 2.30, 1.70, 1.45 95
Kleiderverlore mollige Qualitäten Druckmuster Meter 78, 58	Bedruckte Waschsamie hübsch. Must., sol. floriente Qualität. Meter 1.25, 95, 68	Fertige Paradehandtücher mit Ueberschlag, extra groß, reich m. Spitz. garn. St. 1.25 95	Gestickte Küchen-Handtücher rot od. blau besetzt Stück 1.35 95	Warme Dam. u. Herr. Pantoffeln mit leichter Leder-sole Paar 68	Kamelhaar-Kragenschuhe moll. Qual., Filz- u. Ledersohle Kappe u. Abs. P. 2.45, 1.85 165	Herren-Normalhemden wollig-gute Qual., alle Gr., Doppelbr. St. 2.20, 2.95, 2.50 175

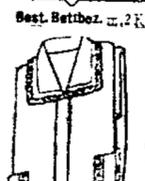
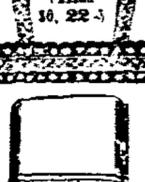
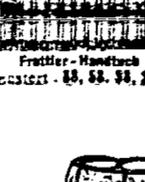
Unterpreis-Angebote • Mädchen- und Knaben-Bekleidung

20 u. 18 cm große **Schallplatten**
in großer Repertoire zum Anschauen! durchweg Stück **38**



Die billigen **Putzangebote**
Russenkappen gehäkelt, Kopf m. Krimmerand **95**
Moderne Krimmerkappen für Damen u. Kinder, Stück mit Pompon **95**
Bunte Häkelmützen 2 teilig, Mütze und Schal, viele buntpfarbige Garnituren, Garn. 1.45, 1.25 **85**
Kinder-Garnituren 2 teilig, Mütze m. Krawatte **105**
Damen-Garnituren

Durch besonders günstige **Unterpreis-Angebote** zum billigen **Weihnachts-Geschenk** Jede Zeile ein Riesenschlager

 Kinder-Lederschuhe Pilschellaftung Größe 18/20. . . 1.95	 Mädchen-Wickelschürz Größe 14-16. . . 1.45	 Damenstoffhausschuhe m. Pilschellaftung. 95-5
 Küchenhandtücher aus u. geb. Stück 19-5	 Best. Bettbez. u. 2 Kiss. 1.95	 Bürstenhalter Wäschestoff. . . 88-5
 Eleg. Damen-Sticker-Nachthemd . . . 1.35	 Warmes Frauen-Nachthemd Körperbarch. 2.35	 Kleid-Schürzen 18-1-5 Jahre 65. 48-5
 Sticker-Passen 30, 22-5	 Damen-Nachjacke moll. Körperbarch. 1.35, 1.58	 Frottier-Handtuch rezeptions. 49, 38, 34, 24-5
 Extra große Bettdecken Größe 130/160 cm 2.95	 Frauen-Baumwollschürzen 44, 58-5	 Strumpfoll-Büriel Drell od. Damast, 41/42, 49, 39-5

Spielwaren
das richtigste sind unsere billigen **Serien-Einheits-Schlager**